

Starkes Deutschland. Chancen für Alle!

I. Deutschland 2012: Unser Land steht gut da

II. Wir wollen Wohlstand für Alle

III. Arbeit für Alle

1. Deutsches Job-Wunder
2. Verantwortliches Unternehmertum braucht faire Rahmenbedingungen
3. Den demografischen Wandel gestalten
4. Zukunft braucht Fachkräfte

IV. Standort Deutschland stärken

1. Vom Defizitsünder zum Stabilitätsanker
2. Europa: Grundstein unseres Erfolges
3. Energiewende voranbringen und Rohstoffstrategie durchsetzen
4. Deutschland als innovative Wissens- und Gründergesellschaft voranbringen
5. Chancen der Digitalisierung erkennen und ergreifen
6. Wie Deutschland mobil bleibt

V. Deutschland 2025

I. Deutschland 2012: Unser Land steht gut da

Deutschland ist unsere Heimat, in der wir gerne leben. Wir sind eine der stärksten Wirtschaftsnationen und leistungsfähigen Sozialstaaten der Welt. Mit unserer freiheitlich demokratischen Rechtsordnung und der Sozialen Marktwirtschaft – beide wesentlich durch christliche Überzeugungen geprägt – sind wir ein weltweit geachteter Partner und Vorbild für viele Nationen.

Unser Land steht heute so gut da wie lange nicht mehr. Das ist zuallererst ein Erfolg der vielen tüchtigen Menschen. Aber der Erfolg ist auch ein Verdienst der klugen und zukunftsorientierten Politik der CDU. Wir haben die Weichen für diesen Erfolg gestellt. Arbeitgeber und Gewerkschaften, Unternehmer und Betriebsräte haben mit weitsichtigen Entscheidungen diesen politischen Kurs entschieden unterstützt. Unser Land profitiert davon durch neue Arbeitsplätze und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit, die „Made in Germany“ weiter zu einem weltweit geachteten Aushängeschild macht.

Kaum ein anderes Land hat die Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen Jahre so gut gemeistert wie Deutschland. Davon profitieren die Menschen in unserem Land. Das macht uns aber auch zu einem Motor internationaler Politik und versetzt uns in die Lage, in Europa und der Welt Verantwortung zu übernehmen.

Mit Bundeskanzlerin Angela Merkel ist unser Land wieder zu einer der weltweit führenden Volkswirtschaften geworden. Die Zahlen sind beeindruckend: 2010 und 2011 ist die Wirtschaftskraft in Deutschland zusammengenommen um mehr als sechs Prozent gewachsen – so kräftig, wie zuletzt im Vereinigungsboom Anfang der 90er Jahre. Heute haben so viele Menschen wie noch nie einen Arbeitsplatz in unserem Land.

Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland auch in Zukunft in Wohlstand leben. Dazu brauchen wir noch mehr sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen füreinander eintreten, in der die Generationen füreinander eintreten, in der faire Chancen für Frauen und Männer den sozialen Zusammenhalt sichern und die Gewissheit besteht, dass uns das Wohl zukünftiger Generationen genauso wichtig ist wie das der heutigen.

Mit den Ideen und dem Engagement der Menschen sowie unserer wirtschaftlichen Kraft wollen wir dazu beitragen, die großen globalen Herausforderungen zu lösen, vor denen die Weltgemeinschaft steht. Hier kann unser Land mit innovativen Lösungen und einer nachhaltigen Politik eine wichtige Rolle spielen. Nachhaltig bedeutet vor allem: Wir gestalten Fortschritt und Wachstum so, dass die Lebensgrundlagen und die Gestaltungsspielräume für unsere Kinder und Enkel gesichert bleiben.

Die anhaltende Schuldenkrise in Europa ist eine Herausforderung von historischem Ausmaß für unseren gesamten Kontinent und darüber hinaus. Die CDU-geführte Bundesregierung handelt in dieser Situation entschlossen und solidarisch. Sie hat gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wichtige Maßnahmen für die Bewältigung der Schuldenkrise in Europa auf den Weg gebracht.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Fiskalpakt sind zwei neue Instrumente, die ein Ziel haben: In Europa soll die Wirtschaft wachsen und nicht der Schuldenberg. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern stellen wir uns dieser Herausforderung. Denn die eu-

ropäische Einigung, der europäische Binnenmarkt und die Währungsunion bedeuten nicht nur Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert. Sie sind auch der Garant für Wachstum und Wohlstand. Wenn wir die Zukunft erfolgreich gestalten wollen, dürfen wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Die Globalisierung bietet hierfür immer wieder neue Chancen: Sie öffnet immer mehr Märkte und bringt gleichzeitig neue Wettbewerber hervor, die uns herausfordern. Die digitale Revolution beschleunigt weltweit mit großer Geschwindigkeit die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen und prägt mehr und mehr den Alltag der Menschen. Durch immer schnellere Entwicklungen kommt es zu einer immer größeren Konkurrenz. Das erfordert von uns Deutschen entschlossene Anstrengungen, damit wir in diesem globalen Wettbewerb bestehen können.

Auch die Weltbevölkerung nimmt rasant zu. 1950 lebten auf der Welt rund 2,5 Milliarden Einwohner, jeder Fünfte war ein Europäer. Im letzten Jahr ist der siebenmilliardste Weltbürger geboren worden und nur noch jeder 14. Mensch ist heute ein Europäer. Durch diese Entwicklung verschieben sich auch die wirtschaftlichen Gewichte. Die Märkte der Zukunft liegen nicht länger nur vor unserer europäischen Haustür, sondern in den Schwellenländern Asiens und Lateinamerikas, in Afrika und der arabischen Welt. Sie sind die neuen Motoren der Weltwirtschaft, die immer größeren wirtschaftlichen Einfluss gewinnen.

Wir wollen Deutschland in eine gute Zukunft führen. Deswegen müssen wir bereits heute die Weichen dafür stellen, dass unsere Zukunftsvorstellungen für das Jahr 2025 Wirklichkeit werden können. Wir müssen daran arbeiten, dass Deutschland auch im kommenden Jahrzehnt eine weltweit führende Rolle spielt und den Menschen in unserem Land eine gute Heimat ist. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass die Antwort auf diese Herausforderungen in einer verantwortungsvollen Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft liegt. Sie hat unserem Land Wohlstand und soziale Sicherheit gebracht. Keinem anderen Wirtschaftsmodell kann es besser gelingen, unseren Wohlstand auch im 21. Jahrhundert zu sichern.

II. Wir wollen Wohlstand für Alle

Die Politik der CDU gründet auf dem christlichen Menschenbild. Aus diesem Bild vom Menschen leiten sich unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit ab. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Gesellschaftsmodell, das den Menschen in den Mittelpunkt rückt – seine Würde ist unantastbar. Sie verbindet wie keine andere Wirtschaftsordnung die Vorteile einer freien Marktwirtschaft mit der Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Verantwortung.

Die Soziale Marktwirtschaft war die Voraussetzung für einen raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau Westdeutschlands und für einen erfolgreichen Aufbau Ost im Zuge der Deutschen Einheit. Sie hat unserem Land Wohlstand beschert. Sie ermöglicht den Menschen ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Handeln, indem sie ihnen soziale Sicherheit bietet und so die Möglichkeit eröffnet, sich nach ihren Neigungen und Fähigkeiten zu entwickeln. Sie fördert die betriebliche Partnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung und leistet auf diesem Weg einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Sie stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Balance in unserem Land und ist damit eine Voraussetzung für eine starke Mittelschicht.

Dennoch muss die Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft immer wieder neu gewonnen werden. Viele Menschen verlieren angesichts globaler Krisen das Vertrauen in das Wohlstands-

versprechen der Marktwirtschaft. Vor allem die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise hat dieses Vertrauen erschüttert. Dabei ist gerade diese Krise aufgrund von Verstößen gegen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft entstanden. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Prinzipien wieder stärker zur Geltung kommen und gleichzeitig vermeiden, dass es zu unerfüllbaren Erwartungen an den Staat kommt.

Auch der verstärkte Wettbewerb unterschiedlicher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Kulturen erfordert von uns neue Antworten. Die aufstrebenden Entwicklungs- und Schwellenländer orientieren sich nicht mehr nur an den oftmals unflexiblen und zudem schuldengeplagten Marktwirtschaften der westlichen Welt. Sie sehen die großen wirtschaftlichen Fortschritte in den staatlich gelenkten Volkswirtschaften Chinas und anderer Länder. Für uns aber ist klar, dass der staatsgelenkte Kapitalismus keine Alternative zur Sozialen Marktwirtschaft ist. Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als eine Wirtschaftsordnung, sie verbindet Freiheit mit Verantwortung, unternehmerisches Risiko mit persönlicher Haftung und strebt den fairen Ausgleich der Interessen an. Sie ist die Ordnung, die unserem christlichen Menschenbild und den Vorstellungen freiheitlich demokratischer Ordnung entspricht. Deshalb geht es nicht allein um die Frage, wie wir in dieser globalisierten Welt unsere Wettbewerbsposition im Welthandel verbessern, sondern es geht vielmehr auch um die Frage, wie wir im partnerschaftlichen Dialog für unsere Werte selbstbewusst eintreten und Freiheit sichern. Dabei lassen wir uns von folgenden Prinzipien leiten:

1. Wir sehen die Stärke Deutschlands in seinen Menschen, die mit viel Fleiß und Ideen immer wieder Produkte und Dienstleistungen entwickeln, herstellen oder anbieten, die bei uns und weltweit gefragt sind. Mit diesen Fähigkeiten und ihrer Leistungsbereitschaft bilden sie das Fundament für den Wohlstand der heutigen Generation. Zugleich leisten sie damit einen wichtigen Beitrag, nachfolgenden Generationen die Chance auf eine gute Entwicklung zu eröffnen.
2. Wir wollen eine echte Chancengesellschaft. Deutschland ist ein Land der vielen Möglichkeiten. Hier soll jeder die Chance auf Erfolg haben und nach seinem persönlichen Glück streben können – Zukunft darf nicht von der Herkunft abhängen. Deshalb wollen wir eine Bildungsrepublik, in der alle entsprechend ihrer Fähigkeiten und Neigungen gute Bildungschancen und damit Möglichkeiten auf persönliche Entfaltung und sozialen Aufstieg haben. Wir stehen für Respekt vor Leistung und Tüchtigkeit, für das Recht auf eine neue Chance und für Solidarität gegenüber den Schwachen. Diese muss die Leistungsfähigkeit des Einzelnen fördern und sein solidarisches Engagement entsprechend seiner Fähigkeiten einfordern.
3. Wir sehen uns durch den großen Erfolg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ermutigt, weitere Anstrengungen für neue Arbeitsplätze und Wachstum auf den Weg zu bringen. Wir wollen, dass alle Menschen in unserem Land ein Einkommen erzielen können, mit dem sie für sich sorgen können.
4. Wir sind überzeugt: Wir können die Zukunft in unserem Land umso besser gestalten, je mehr Menschen sich auch ehrenamtlich für unsere Gesellschaft engagieren – in Parteien, Kommunalen Selbstverwaltung, Vereinen, Verbänden, Kirchen oder Gewerkschaften. Dazu setzen wir weiterhin auf eine Politik, die Engagement und Ehrenamt fördert und dazu ermuntert, Veränderungen als Chance zu begreifen, Verantwortung zu übernehmen und die Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort erweitert.

5. Wir wollen verantwortliches Unternehmertum in allen Bereichen der Wirtschaft stärken. Wirtschaftliches Engagement darf nicht losgelöst von gesellschaftspolitischer Verantwortung vorangetrieben werden. Dafür wollen wir das Leitbild des „ehrbaren Kaufmanns“ stärken. Ein Vorbild dafür sind der Mittelstand, die zahlreichen Familienunternehmen, das Handwerk und die Freien Berufe. Sie sind als größter Arbeitgeber das Rückgrat für den wirtschaftlichen Erfolg in unserem Land.
6. Wir sind überzeugt: Wirtschaftliche Stärke und finanzielle Solidität sind die Voraussetzungen für unsere Zukunftsfähigkeit. Unsere attraktive Wirtschaftsstruktur aus Großindustrie und Mittelstand, in der produzierende Unternehmen und Dienstleister Hand in Hand arbeiten, hat unserem Land in der Krise Stabilität gegeben. Nur auf einer gesunden ökonomischen Grundlage wird es uns in Deutschland gelingen, weiterhin für Wohlstand und soziale Sicherheit zu sorgen. Als Partei der Sozialen Marktwirtschaft sehen wir uns in einer besonderen Verantwortung für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Zukunft unseres Landes. Wir wollen Deutschland als wettbewerbsfähigen Industriestandort stärken.
7. Wir wollen gute Entwicklungsmöglichkeiten in allen Regionen unseres Landes. Unsere erfolgreiche Politik für die neuen Länder werden wir fortsetzen und dafür sorgen, dass die Zusagen des Solidarpakts eingehalten werden. Unsere Verantwortung gilt dabei nicht nur einer selbsttragenden Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern. Sie gilt auch einer guten Entwicklung in allen strukturschwachen Gebieten in Ost und West, Nord und Süd sowie dem gleichzeitigen Erhalt und der Fortentwicklung industrieller Zentren und wirtschaftsschwachen Regionen.
8. Wir wollen, dass Länder und Kommunen ausreichend Spielraum haben, um im weltweiten Wettbewerb der Regionen bestehen zu können. Dafür brauchen sie keine Antworten von der Stange, sondern flexible Lösungen. Wir setzen deshalb auf den Föderalismus mit den bewährten Prinzipien Subsidiarität und Konnexität. Föderalismus schafft Entscheidungsspielräume vor Ort. Subsidiarität und Konnexität sind die Voraussetzung für gelebte Verantwortung in den Kommunen. Differenzierte Standards und Regionalbudgets können dabei neue Möglichkeiten eröffnen und die kommunale Selbstverantwortung stärken. Das bedeutet auch: Wir lassen mehr Unterschiedlichkeit zu, setzen auf die Kraft des Wettbewerbs als Motor für Fortschritt und achten auf einen fairen Ausgleich zwischen starken und schwachen Regionen.
9. Wir wollen eine Gesellschaft, die „Ja“ sagt zu einem Wachstum, das heutige und künftige Generationen weder finanziell noch ökologisch überfordert. Ohne Wachstum wäre „Wohlstand für Alle“ in Deutschland nicht möglich gewesen. Wir wollen deshalb nachhaltiges Wachstum zu einem festen Prinzip in unserer Gesellschaft machen. Gerade aus unserem christlichen Menschenbild folgt: Wir haben kein ungebundenes, schrankenloses Herrschafts- und Verfügungsrecht – weder über die Natur noch über die finanziellen Ressourcen kommender Generationen. Wir wollen Fortschritt und Wachstum so gestalten, dass die Lebensgrundlagen und Gestaltungsspielräume auch für künftige Generationen gesichert bleiben. Wir setzen auf ein ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum und eine gerechte Teilhabe aller. Deshalb treten wir weltweit für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für faire Wettbewerbsbedingungen ein.
10. Wir wollen Fortschritt und Wachstum so gestalten, dass auch unsere Kinder und Enkel in Wohlstand leben können. Wir wollen zeigen, wie ein führendes Industrieland mit dazu

beitragen kann, eine weltweit steigende Nachfrage zu bedienen, ohne dabei nachfolgenden Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu entziehen. Dazu gehört ein klares „Ja“ zu Innovationen und neuen Technologien. Der Wunsch und die Notwendigkeit, natürliche Grenzen zu überwinden und unsere Lebensbedingungen mit den Mitteln der Technik und neuen Ideen zu verbessern, gehören zum menschlichen Dasein und sind wichtige Elemente, um sich den Herausforderungen erfolgreich stellen zu können. Wir wollen daher Rahmenbedingungen schaffen, die bessere Produkte, bessere Dienstleistungen und zukunftsfähige Innovationen hervorbringen. Denn nachhaltiges Wachstum bedeutet nicht in erster Linie „mehr“ zu produzieren, sondern „Besseres“ zu schaffen.

III. Arbeit für Alle

1. Deutsches Job-Wunder

„Arbeit für Alle“ ist ein Kernstück der sozialen Gerechtigkeit. Arbeit ermöglicht ein Leben in Würde. Zugleich müssen die Arbeitsbedingungen der Würde der arbeitenden Menschen gerecht werden. In diesem Sinne gilt für uns „Sozial ist, was Arbeit schafft“.

In Deutschland gibt es über 41 Millionen Erwerbstätige. Das sind 2,6 Millionen mehr als 2005. Heute können in unserem Land mehr Menschen in Arbeit als je zuvor für sich sorgen und sich verwirklichen. Seit über zwei Jahren liegt die Zahl der Arbeitslosen Monat für Monat unter dem Vorjahreswert. Jeden Tag entstehen rund 1500 neue Arbeitsplätze. Gegenüber 2005 hat sich bei uns die Arbeitslosenquote fast halbiert, während sie in den anderen Staaten der Europäischen Union um durchschnittlich 15 Prozent gestiegen ist. Wir sind das einzige Land in der EU, das derzeit eine deutlich niedrigere Arbeitslosenquote hat als vor der Krise.

Das „deutsche Jobwunder“ hat viele positive Entwicklungen ausgelöst. Die realen Nettoeinkommen steigen dieses Jahr voraussichtlich das dritte Jahr in Folge. Die Einkommensunterschiede sind heute dank der steigenden Zahl der Erwerbstätigen geringer als 2005. Die Zahl der „Normalarbeitsverhältnisse“ ist mit einem Plus von 1,6 Millionen seit 2005 deutlich stärker angestiegen als die der sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse (plus 1,2 Millionen). Auch der Anteil derjenigen, die aus einer befristeten Beschäftigung in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden, ist von gut 40 Prozent in 2005 auf nahezu 60 Prozent in 2011 angestiegen. Diese Entwicklungen wollen wir weiter voranbringen, damit sich für noch mehr Menschen gute Zukunftschancen eröffnen.

Zeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und Teilzeitbeschäftigung spielen auf dem Arbeitsmarkt heute eine wichtige Rolle. Mit der so erzielten Flexibilität sind zusätzliche Beschäftigungsfelder erschlossen und Wachstum ermöglicht worden. So hat die Teilzeitbeschäftigung auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich gemacht. Viele Menschen konnten sich aufgrund ihrer individuellen Situation somit für einen Beruf entscheiden und gleichzeitig familiäre Aufgaben weiter wahrnehmen. Aber auch für viele Menschen, die bisher vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren, sind neue Einstiegsmöglichkeiten entstanden. So ist zum Beispiel die Zeitarbeit ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument geworden. Sie bietet Unternehmen Flexibilität für Auftragspitzen und arbeitslosen Arbeitnehmern die Chance auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Davon haben insbesondere Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte profitiert. Wir wollen die damit verbundenen Chancen weiter nutzen und treten dafür ein, dass die Tarifparteien die Arbeitsbedingungen in der Zeitarbeit besser

regeln. Auf Grundlage eines gemeinsamen Vorschlags von den für die Zeitarbeit zuständigen Tarifvertragsparteien haben wir die erste untere Lohngrenze in der Zeitarbeit festgelegt.

Gleichzeitig übersehen wir aber auch nicht die mit der Ausweitung der Zeitarbeit verbundenen Risiken und haben Fehlentwicklungen – beispielsweise mit dem Gesetz gegen Missbrauch von Zeitarbeit – bekämpft. Je länger die Bezahlung von Zeitarbeitnehmern und Stammbeschaft auseinanderklaftern, desto schwieriger ist es, dies unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten zu rechtfertigen. Deshalb haben wir den Grundsatz der Entgeltgleichheit („Equal Pay“) im Gesetz verankert, von dem nur tarifvertraglich abgewichen werden kann. Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ für Zeitarbeitnehmer konsequent umzusetzen. Wir wollen die Tarifparteien auf dem Weg unterstützen, diesen Grundsatz unter Berücksichtigung geeigneter Übergangs- und Einarbeitungszeiten auch in der betrieblichen Praxis umzusetzen. Wir setzen darauf, dass die Tarifpartner jeweils maßgeschneiderte Lösungen für eine Annäherung der Entlohnung der eingesetzten Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer an die Stammbeschaft in der jeweiligen Branche vereinbaren. Dort, wo Tarifvertragsparteien Regelungen getroffen haben, ist staatliches Eingreifen nicht erforderlich. Die Regelungen die Tarifpartner z. B. in der Metall- und Elektroindustrie und der Chemieindustrie gefunden haben, sind dafür gute Beispiele.

Wir werden die Gespräche der Tarifpartner aufmerksam begleiten und prüfen, ob und in welchem Umfang darüber hinaus noch Handlungsbedarf besteht. Das gilt auch mit Blick auf die missbräuchliche Nutzung von Werkverträgen, um bestehende Lohnuntergrenzen zu unterlaufen. Wir wollen zudem, dass befristete Arbeitsverhältnisse auch weiterhin nur beim Vorliegen sachlicher Gründe verlängert werden können.

Kompetenzen von Frauen besser nutzen

Immer mehr Frauen sind heute berufstätig. Die Quote der erwerbstätigen Frauen ist seit 2005 von 60 auf 71 Prozent gestiegen – stärker als in jedem anderen Land der EU. Dennoch muss der Arbeitsmarkt noch viel stärker als bisher für Frauen geöffnet werden und attraktive Karrierewege ermöglichen. Familienbedingte Erwerbsunterbrechungen dürfen nicht zur Sackgasse im Erwerbsleben von Frauen werden. Frauen sind oft besser ausgebildet als Männer, verfügen über höhere Qualifikationen, bekommen aber dennoch für gleiche Arbeit oft weniger Lohn. Dies ist nicht zu akzeptieren. Wir unterstützen aktiv die Durchsetzung des Anspruchs von Frauen auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Gerade Frauen sind oft in Teilzeit beschäftigt, obwohl sie gerne in größerem Umfang arbeiten würden. Das wollen wir im Interesse von Beschäftigten und Unternehmen ändern. Wir werden daher einen besonderen Schwerpunkt darauf legen, die Rückkehr aus einer Familienphase oder von der Teilzeit- zur Vollzeitbeschäftigung zu erleichtern. Gerade für Frauen – aber auch Männer – muss nach einer Erziehungs- oder Pflegephase der schrittweise Weg zurück in eine Vollzeitbeschäftigung leichter möglich sein. Wir sehen in den Maßnahmen auch einen Schritt auf dem Weg zu Strukturen, die es ermöglichen, die Kompetenz der Frauen stärker als bisher zu nutzen. Dabei spielen wir keine Lebensentwürfe gegeneinander aus. Alle verdienen unabhängig von der Gestaltung ihrer familiären Lebenssituation und Berufstätigkeit unsere Anerkennung und Unterstützung.

Frauen besetzen Führungspositionen in geringerem Umfang als Männer. Deshalb wollen wir den Anteil von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen erhöhen und dies gesetzlich regeln. Dabei müssen Bund, Länder und Kommunen bei der Besetzung von Führungspositionen mit gutem Beispiel vorangehen, z. B. in öffentlichen Betrieben, der Verwaltung oder bei der Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten. Mit einer „Flexi-Quote“ wollen wir von den Unternehmen fordern, sich selbst zu verpflichten, eine verbindliche Frauenquote

für Vorstand und Aufsichtsrat festzulegen. Diese soll öffentlich ausgewiesen werden und darf nicht nachträglich nach unten berichtigt werden. In den letzten elf Jahren hat es insbesondere im Mittelstand positive Ergebnisse bei der Besetzung von Führungspositionen mit Frauen gegeben. Dennoch brauchen wir für die Zukunft ein stärkeres Maß an Verbindlichkeit, damit 2020 im Schnitt 30 Prozent der Aufsichtsratsmandate der mitbestimmungspflichtigen Unternehmen mit Frauen besetzt sind.

Ebenso wichtig wie die Besetzung von Vorstands- und Aufsichtsratspositionen durch Frauen ist ihre gezielte Förderung, eine mittlere und höhere Führungsposition zu erreichen.

Familiengerechte Arbeitswelt

Wir wollen keine arbeitsgerechten Familien, sondern eine familiengerechte Arbeitswelt. Familien können sich nur bedingt den Anforderungen der Arbeitswelt anpassen, denn Kinder brauchen ihre Eltern, um sich entwickeln zu können. Deshalb wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern und die erfolgreiche Politik der CDU-geführten Bundesregierung der letzten Jahre fortsetzen. Daher ist es richtig, die Betreuungsplätze für Kinder von ein bis unter drei Jahren massiv auszubauen und einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab 2013 zu gewähren. Darüber hinaus brauchen wir auch Betriebs-Kitas sowie genügend Kinderbetreuung mit flexiblen und familiengerechten Betreuungszeiten auch über das sechste Lebensjahr des Kindes hinaus, da nicht jede Erwerbstätigkeit einem „normalen“ Acht-Stunden oder Fünf-Tage-Rhythmus folgen kann. Weitere Möglichkeiten zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf können flexiblere Arbeitszeiten, Telearbeit und eine Arbeitsplatzteilung sein, bei der eine Vollzeitstelle durch mehrere Teilzeitstellen (sog. „Job-Sharing“) besetzt wird. Insgesamt brauchen wir eine Arbeitskultur, die familiäre Verpflichtungen von Frauen und Männern respektiert und wertschätzt. Wir unterstützen daher Unternehmen in ihren Betrieben, Arbeitsplätze auf die Bedürfnisse von Familien besser anzupassen. Die Möglichkeiten zum Einsatz und zur steuerlichen Förderung haushalts- und familienunterstützender Dienstleistungen wollen wir weiter verbessern.

Familienzeitpolitik

Zentrales Element auf dem Weg zu einer familiengerechten Arbeitswelt ist der Faktor Zeit. Nachhaltige Familienpolitik heißt für uns deshalb, Zeit für Familie zu schaffen. Zwei Drittel der Väter und ein Drittel der Mütter beklagen, dass sie zu wenig Zeit für ihre Kinder haben. Mit Blick auf ein neues Gleichgewicht aus Privat- und Berufsleben wollen wir mit einer innovativen Lebenszeitpolitik Möglichkeiten für berufliche Auszeiten eröffnen – etwa zur Erziehung der Kinder, zur Weiterbildung, aber auch für die Pflege der eigenen Eltern. Die Einführung der Familienpflegezeit durch die CDU-geführte Bundesregierung war hier ein erster großer Schritt.

Wir wollen eine Großelternzeit einführen: Künftig sollen alle Großeltern die Möglichkeit haben, ihre Erwerbstätigkeit zu unterbrechen oder zu reduzieren, um sich um ihre Enkel kümmern zu können. Gerade junge Eltern, die beruflich noch Fuß fassen müssen, sollen so zeitlich entlastet werden. Um den Bedürfnissen der Kinder Rechnung zu tragen, soll zudem die Elternzeit flexibilisiert werden: Eltern sollen künftig zwei Drittel der Elternzeit flexibel nehmen dürfen, und zwar bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres ihrer Kinder. Mit der Einführung des Betreuungsgeldes unterstützen wir Eltern, die ihre Kinder auch nach der Vollendung des ersten Lebensjahres stärker in der eigenen Familie betreuen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Wahlfreiheit.

Menschliche Arbeitswelt

Immer schnellere Veränderungen in der Arbeitswelt eröffnen viele neue Freiheiten und Möglichkeiten für die Arbeitnehmer. Wir wollen die damit verbundenen Chancen nutzen, auch in

dem Bewusstsein, dass Arbeit immer besser als Arbeitslosigkeit und für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Psyche des Einzelnen förderlich ist. Aber wir sehen auch mit Sorge die Zunahme von psychischen Erkrankungen in der gesamten Gesellschaft, auch in Folge von Arbeitsverdichtung und Überlastung. Es muss alles getan werden, damit Gesundheit sowie Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit bei jüngeren wie älteren Beschäftigten erhalten bleibt und ein längeres Leben und Arbeiten in guter seelischer und körperlicher Verfassung möglich ist. Hierfür sind neue vorbeugende Konzepte erforderlich. Der Tendenz zur ständigen Erreich- und Verpflichtbarkeit gilt es entgegenzuwirken. Die besten Lösungen sollen auch hierbei von Arbeitgebern und Arbeitnehmern partnerschaftlich gefunden werden und dem Sonn- und Feiertagschutz grundsätzlich Rechnung tragen. Wir appellieren an die Betriebsparteien und Tarifpartner, das Instrument des betrieblichen Gesundheitsmanagements stärker zu nutzen. Um dies zu unterstützen, wollen wir die Möglichkeiten der betrieblichen Gesundheitsförderung gesetzlich stärken und attraktiver ausgestalten.

Gute Arbeit gibt Sicherheit und braucht starke Tarifpartner

Sichere Erwerbsarbeit und auskömmliche Einkommen erleichtern Lebensentscheidungen wie Ehe oder Familiengründung. Sie stärken das seelische Gleichgewicht und binden Familien in ihr gesellschaftliches Umfeld ein. Unsere Überzeugung ist es, dass die Verantwortung für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen in erster Linie bei den Tarifpartnern liegt. Der Staat hingegen ist am Arbeitsmarkt vor allem für die Festlegung von Mindeststandards zuständig, die durch tarifliche oder betriebliche Regelungen verbessert werden können. Zugleich ist er dort gefordert, wo die Tarifpartner den Staat im Rahmen der gesetzlichen Regeln bitten, tarifliche Vereinbarungen – etwa bei branchenspezifischen Mindestlöhnen – durchzusetzen. Wir setzen aber vor allem auf eine funktionierende Tarifpartnerschaft, die starke Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften braucht. Wir stehen auch zu Rahmenbedingungen, die eine Beschäftigung für Geringqualifizierte in einfacher Arbeit mit Löhnen und Gehältern attraktiv machen, die der Produktivität entsprechen. Wir halten es dabei für richtig, dass niedrig entlohnte Arbeitnehmer finanziell unterstützt werden, vor allem wenn es um die Versorgung von Familien geht.

Lohnuntergrenze einführen

Die CDU hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. Die Lohnuntergrenze soll durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt und sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren. Die Festlegung von Einzelheiten und weiteren Differenzierungen obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte und damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und keinen politischen Mindestlohn.

2. Verantwortliches Unternehmertum braucht faire Rahmenbedingungen

Verantwortungsbewusste Unternehmer und tüchtige, gut qualifizierte Arbeitnehmer bilden mit ihrer Kreativität und Leistungsbereitschaft ein wesentliches Fundament unserer Gesellschaft. Für den Erfolg unseres Landes ist es wichtig, dass Frauen und Männer bereit sind, persönliche Risiken und Verantwortung zu übernehmen. Zur Freiheit des Eigentums gehört unter anderem die Bereitschaft, für Folgen von unternehmerischen Entscheidungen zu haften. Wo das Haftungsprinzip gilt, kann sich am ehesten eine unternehmerische Verantwortungskultur behaupten. So entstehen in einer Marktwirtschaft Arbeitsplätze und Wohlstand. Der Staat muss dafür die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

Faire Rahmenbedingungen schaffen

Hier haben wir seit 2005 große Fortschritte erzielt: Es wurden bei der Unternehmensteuer Wachstumshemmnisse beseitigt und die Bedingungen für die Unternehmensfinanzierung verbessert. Genauso wurden Voraussetzungen für eine einfachere Unternehmensnachfolge geschaffen. Die gewerbesteuerliche Hinzurechnung wurde entschärft, die Zinsschranke abgemildert und die Umsatzsteuer für den Mittelstand durch eine stärkere Orientierung an den tatsächlichen Umsätzen besser ausgestaltet. Die deutliche Verringerung staatlicher Informationspflichten in Höhe von jährlich 12 Mrd. Euro entlastet die Unternehmen und ist ein kostenloses Wachstumsprogramm für unser Land. Die bisherigen Erfolge beim Bürokratieabbau spornen uns an, im Kampf gegen bürokratische Überregulierung nicht nachzulassen. Künftig wollen wir daher auch verstärkt den Erfüllungsaufwand, der den größten Teil der Bürokratiekosten für die Unternehmen ausmacht, in den Blick nehmen. Auch in der Europäischen Union sind die Anstrengungen für weniger Bürokratie und mehr Kosteneffizienz konsequent umzusetzen. So kann die Entlastung für die Wirtschaft noch spürbarer werden.

Auch die Verwaltung muss die Chance der Informationstechnik effektiv nutzen und bessere Angebote für Bürger und Unternehmen bereitstellen. Dazu muss die IT-technische Umsetzung der Gesetze sichergestellt werden.

Wir wollen uns weiter dafür einsetzen, dass die Unternehmensfinanzierung durch Eigenkapital gerade im Interesse von Mittelstand und Familienunternehmen steuerlich besser behandelt und der Nachteil gegenüber der Fremdfinanzierung abgebaut wird. Unternehmerische Entscheidungen sollen sich auch bei der Finanzierung in erster Linie nach wirtschaftlichen und nicht nach steuerlichen Gesichtspunkten richten, weil nur so eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht werden kann.

In Europa müssen die politischen Rahmenbedingungen so gesetzt sein, dass unsere Wirtschaft im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig ist. Wir setzen uns dabei für eine konsequente europäische Industriepolitik auf Basis der Sozialen Marktwirtschaft ein, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft nachhaltig stärkt. Dabei muss noch stärker gegen unlauteren Wettbewerb vorgegangen werden und der Abbau von Subventionen im Vordergrund stehen. Beihilfen sollen einen fairen und marktwirtschaftlichen Wettbewerb nicht verhindern. In Fällen, in denen es um die Sicherung der globalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, insbesondere gegenüber subventionierten internationalen Wettbewerbern geht, dürfen unserer Industrie aber keine einseitigen Nachteile entstehen. Beihilfen müssen in diesen Fällen unter strengen Auflagen nach wie vor möglich sein.

Auch der Mittelstand braucht faire Rahmenbedingungen, um im Wettbewerb bestehen zu können. Deshalb werden wir bei der Schaffung der Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene die Auswirkung auf seine internationale Wettbewerbsfähigkeit im Blick behalten.

Protektionistischen Maßnahmen erteilen wir grundsätzlich eine klare Absage.

Erfolgreiches Wirtschaften braucht klare Regeln für die Finanzmärkte

Die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrisen der vergangenen Jahre haben die enge Verbindung von Finanz- und Realwirtschaft auf die Probe gestellt und das Vertrauen in die Finanzwirtschaft stark erschüttert.

Einen erheblichen Anteil daran hatten eine unzureichende Aufsicht und Regulierung, die mit den rasanten Entwicklungen und der globalen Vernetzung der Finanzmärkte nicht Schritt gehalten haben: Es fehlte an internationaler Abstimmung und Durchsetzung. Eine dauerhafte Stabilisierung der Finanzmärkte kann somit nur gelingen, wenn in Europa wie auch weltweit weitere Reformschritte insbesondere bei der Regulierung und Aufsicht der Finanzmärkte und der dort Handelnden unternommen werden. Wir setzen uns im Rahmen der G20 weiterhin dafür ein.

Wir haben aber bereits wichtige Fortschritte erzielt. Es wurden u. a. die Aufsicht und Regulierung der Ratingagenturen verbessert, die Zulassungskriterien für Fondsmanager verschärft und der Handel mit Derivaten begrenzt. Wo eine gemeinsame Lösung bisher nicht möglich war, sind wir mit nationalen Regelungen vorangeschritten, etwa beim Verbot der ungedeckten Leerverkäufe, bei der Verschärfung der nationalen Bankenaufsicht und den Regeln zur Managervergütung sowie verstärkter Transparenz im Hochfrequenzhandel. Es bleibt weiterhin das Ziel der CDU, dass eine eigenständige europäische Ratingagentur gegründet wird.

Es gibt noch viel zu tun, um die Reformen des Finanzsektors konsequent weiter voranzutreiben und zukünftigen Finanzmarktkrisen wirksam vorzubeugen. Hierzu gehören u. a. die Stärkung der Kapitalpolster von Banken und eine Reform des Versicherungsaufsichtsrechts (Solvency II). Wir werden prüfen, welche weiteren Maßnahmen notwendig und ggf. umsetzbar sind, wie z. B. das Verbot weiterer hochspekulativer Finanzmarktprodukte. Schließlich wollen wir mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer die Finanzmärkte stärker an den Kosten der Finanzkrise beteiligen. Wir wollen, dass die Finanztransaktionssteuer und weitere Regulierungsmaßnahmen in möglichst vielen Ländern eingeführt werden. Wir werden darauf achten, dass dabei Wettbewerbsverzerrungen vermieden und die Interessen des Finanzplatzes Deutschland gewahrt bleiben. Nur als starker und wettbewerbsfähiger Finanzplatz kann Deutschland auch weiterhin aktiv die Regulierung und Weiterentwicklung der internationalen Finanzmärkte mitgestalten. Bei allen Reformmaßnahmen wollen wir Nachteile für den Standort Deutschland, insbesondere für die Mittelstandsfinanzierung, weitgehend vermeiden und Kleinanleger sowie die betriebliche und private Altersvorsorge schützen. Der Zusammenhang von Entscheidung und Haftung muss gerade am Finanzmarkt gestärkt werden. Insgesamt müssen hier die Grundsätze der Subsidiarität, der Verhältnismäßigkeit und des Verbraucherschutz beachtet werden. Dies stärkt das in Deutschland ausgeprägte System der Mittelstandsbanken. Unsere Bankenstruktur mit Privatbanken und Genossenschaftsbanken sowie Sparkassen hat sich insbesondere in der Finanzmarktkrise als robust erwiesen. Dieses wettbewerbsintensive Modell von Banken mit unterschiedlichen Rechtsformen und gesellschaftspolitischen Zielen sichert die Finanzierung des Mittelstandes und leistet damit einen wesentlichen Beitrag für die finanzielle Solidität und Stabilität der Sozialen Marktwirtschaft in unserem Land. Diese bewährte Struktur wollen wir auch zukünftig sichern.

Für ein funktionsfähiges europäisches Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren für Banken

Die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft müssen auch für Finanzinstitute gelten: Wer mit riskanten Geschäften hohe Gewinne machen will, muss auch für auftretende Verluste haften. Da der Ausfall eines einzelnen Instituts die Stabilität des weltweiten Systems gefährden kann,

wird das Prinzip der Haftung bei systemrelevanten Banken regelmäßig ausgehöhlt. Dieses Dilemma kann nur durch ein funktionsfähiges internationales Kontroll- und Insolvenzverfahren für Finanzinstitute gelöst werden.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat 2010 hierfür ein Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren und im Zuge dessen eine Bankenabgabe eingeführt. Wir setzen uns dafür ein, dass es auf die europäische Ebene übertragen wird. Bei einer geordneten und geregelten Abwicklung haften auch die Eigentümer der Bank oder die Anleger, die vorher von den Gewinnen profitiert haben. Gleichzeitig ist es auch ein zentrales Element der Krisenprävention: Nur wenn Anleger als Gläubiger haften, werden sie mit ihrem Kapital verantwortungsvolle Investitionsentscheidungen treffen.

Gleichzeitig brauchen wir eine vorbeugende Bankenaufsicht, um Schieflagen im Bankensektor möglichst zu verhindern. Eine gemeinsame Währung erfordert eine einheitliche Regulierung und Aufsicht. Deshalb haben wir zum 1. Januar 2011 eine neue europäische Aufsichtsstruktur über die Finanzmärkte geschaffen, die noch weiterentwickelt werden muss. Die CDU tritt hierbei für eine effektive, integrierte europäische Aufsicht ein, die eng und transparent mit den nationalen Aufsichtsbehörden zusammenarbeitet und die Besonderheiten der bewährten deutschen Bankenlandschaft im Auge hat.

Eine wirksame europäische Aufsicht und das gemeinsame Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren sind wichtige Elemente der von uns angestrebten Bankenunion in Europa. Sie soll gemeinsam mit der Fiskalunion helfen, grenzüberschreitende Krisen künftig mit grenzüberschreitenden Regeln zu verhindern.

Glaubwürdige Führungsverantwortung in Unternehmen

Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmensführungen den langfristigen Erfolg im Blick haben. Diese langfristige Orientierung muss auch eine entscheidende Rolle bei der Entlohnung von Führungskräften spielen. Die zum Teil nicht mehr nachvollziehbaren Gehaltsentwicklungen der letzten Jahre ließen sich nur allzu selten aus einer allgemeinen und langfristigen Entwicklung der jeweiligen Unternehmen herleiten. Wir sind für eine angemessene Bezahlung derjenigen, die ein besonderes Maß an Verantwortung tragen. Das gilt insbesondere für Vorstände und Geschäftsführer von Unternehmen, die für Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land Verantwortung tragen. Glaubwürdige Führungsverantwortung geht für uns aber auch einher mit der Bereitschaft, Maß zu halten. Ein angemessenes Verhältnis zwischen Leistung und Bezahlung darf nicht verloren gehen. Ebenso darf Missmanagement nicht belohnt, Haftung nicht ausgeschlossen werden. Deshalb drängen wir darauf, die Regeln guter Unternehmensführung, so wie sie im „Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK)“ verankert sind, einzuhalten.

Sozialpartnerschaft ist ein Standortvorteil

Die Übernahme von Verantwortung funktioniert am besten, wenn sie gemeinsam von Unternehmern und Mitarbeitern getragen wird. Für uns sind Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie, Mitbestimmung, die Zusammenarbeit von Unternehmen, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten Grundlagen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie sind Ausdruck unserer Prägung durch die christliche Sozialethik.

Das gute Miteinander in den Betrieben ist für unser Land ein Standortvorteil, den wir bewahren und auch weiterhin fördern wollen. Freiwillige Regelungen haben für uns grundsätzlich Vorrang vor Zwang. Wir wollen, dass sowohl beim „Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK)“ als auch bei der gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen („Corporate Social Responsi-

bility, CSR)“ auch weiterhin der Charakter der Freiwilligkeit gilt und die Lösungen in den Unternehmen gefunden werden.

Ehrenamt fördern

Alle Umfragen belegen die große Bereitschaft vieler Menschen, sich noch stärker ehrenamtlich für unsere Gesellschaft einzusetzen. Der vielfältige freiwillige Einsatz der mehr als 23 Millionen bürgerschaftlich engagierten Menschen in Deutschland stärkt den Zusammenhalt und das gute Miteinander in unserem Land. Auch der große Erfolg des neuen Bundesfreiwilligendienstes unterstreicht dies eindrucksvoll. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement übernehmen bei uns wichtige Aufgaben bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens und unsere Demokratie. Daher wollen wir eine bessere Anerkennung und Würdigung von Menschen, die sich gesellschaftlich engagieren, aber auch von Unternehmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darin unterstützen, Beruf und freiwilliges Engagement miteinander zu vereinbaren. Durch eine solche Unterstützung wird das Bewusstsein für den Zusammenhang von wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Zusammenhalt gestärkt.

3. Den demografischen Wandel gestalten

Deutschland ist ein Land des langen Lebens. Noch nie waren die Aussichten auf ein langes, gesundes und vitales Leben so groß wie heute. Bessere Lebensbedingungen und der große medizinische Fortschritt haben einen erheblichen Anteil daran, dass die Lebenserwartung seit 150 Jahren jährlich um rund drei Monate steigt. Die Hälfte der heute geborenen Kinder wird voraussichtlich ihren 100. Geburtstag feiern können. Gleichzeitig aber werden weniger Kinder geboren und die Einwohnerzahl sinkt. Deutschland und Japan haben mit einem Durchschnittsalter von rund 45 Jahren bereits heute die ältesten Bevölkerungen der Welt. Immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Menschen sorgen, die nicht im Erwerbsleben stehen. Die Zahl der Schüler geht zurück, den Unternehmen droht ein Mangel an Fachkräften. Für die Älteren – und die Menschen mit Behinderung – fehlen barrierefreie Wohnungen und Häuser, während andererseits Wohnraum leer steht. Das macht den demografischen Wandel zu einer der größten Herausforderung für die Zukunft unseres Landes. Darauf hat die CDU-geführte Bundesregierung mit einer umfassenden Demografiestrategie reagiert, die wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen weiterentwickeln wollen.

Die CDU steht für ein gerechtes Miteinander der Generationen, gerade auch angesichts dieser Veränderungen. Wir wollen ein lebenswertes Land bleiben, das Wohlstand für Alle ermöglicht. Wir wollen trotz einer sinkenden Zahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter wettbewerbsfähig und innovativ bleiben. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir bereit sein, neue Wege zu gehen und Veränderungen zu akzeptieren. Zudem müssen wir lernen, mit größeren Unterschieden beispielsweise zwischen wachsenden Städten und dünner besiedelten Regionen umzugehen und die Bereitschaft entwickeln, darauf mit flexiblen Lösungen die richtigen Antworten zu geben. Wir wollen die dafür erforderlichen Schritte verantwortungsvoll und rechtzeitig angehen und so auch die mit dem Wandel verbundenen Chancen nutzen.

Dabei verlieren wir nicht das Ziel aus den Augen, auch wieder deutlich mehr Kinder in Deutschland zu haben. Auch deshalb muss sich die Politik immer wieder für ein familienfreundliches Umfeld in unserer Gesellschaft einsetzen und Menschen zu einem Leben mit Kindern ermuntern.

Innovationsfähigkeit in einer alternden Gesellschaft

Unser Ziel ist es, dass die alternde Gesellschaft in Deutschland weiterhin wirtschaftliche Dynamik entfaltet und so weltweit zum Vorbild werden kann. Innovationsfähigkeit ist für uns keine Frage des Alters. Während junge Menschen in der Regel experimentierfreudiger sind, haben ältere Berufstätige zumeist mehr Fachwissen und besitzen einen größeren beruflichen und sozialen Erfahrungsschatz. Das Anwenden und die Weitergabe ihres Wissens ist eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit.

Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass Motivation, Leistungsfähigkeit und Kreativität älterer und jüngerer Arbeitnehmer bestmöglich zum Tragen kommen. Unser Ziel: Erfahrungswissen soll immer wieder mit neuen Herausforderungen verknüpft werden. Wir ermuntern die Betriebs- und Tarifpartner, verstärkt Weiterbildungspakte in den Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen zu verankern. Wir wollen, dass Arbeitgeber in Wirtschaft und Verwaltung gemeinsam mit den Vertretern der Arbeitnehmer Rahmenbedingungen für neue berufliche Laufbahnmodelle entwickeln.

Altersgerechte Arbeitsplätze ausbauen und Altersgrenzen überprüfen

In der Wirtschaft wird der Wert älterer Arbeitnehmer zunehmend erkannt. Bei der Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen liegt Deutschland mit knapp 60 Prozent europaweit auf Platz 2. In keiner anderen Altersgruppe ist die Beschäftigung stärker angestiegen. Wir wollen noch mehr älteren Menschen die Möglichkeit geben, ihre Arbeitskraft weiterhin einzusetzen. Für dieses Ziel erwarten wir von den Betriebs- und Tarifpartnern weitere Anstrengungen, Arbeitsplätze altersgerecht, barrierefrei und gesundheitsfördernd zu gestalten.

Wir setzen uns dafür ein, Alters(höchst)grenzen auf den Prüfstand zu stellen. Da immer mehr Ältere auch im Rentenalter beruflich aktiv bleiben wollen, werden wir zusammen mit den Tarifpartnern bessere Möglichkeiten dafür schaffen. Der öffentliche Dienst soll hier als Vorbild dienen. Wir wollen ein flexibleres Arbeiten in den letzten Jahren des Berufslebens und dafür neue Möglichkeiten der Kombination von Teilzeitarbeit und vorgezogener Rente schaffen. Dies kommt gerade Menschen zugute, die in Berufen mit hohen Belastungen beschäftigt sind und nicht Vollzeit bis zur Altersgrenze arbeiten können oder möchten.

Mehr Existenzgründungen von älteren Menschen mit Erfahrungen

Deutschland ist ein Land der Gründer mit innovativen Ideen und Konzepten. Jedes Jahr machen sich mehr als 400 000 Menschen in unserem Land selbstständig. Die überwiegende Zahl von Gründern ist zwischen 20 und 40 Jahre alt – eine Altersgruppe, deren Anteil in den kommenden Jahren jedoch deutlich zurückgehen wird. Deshalb wollen wir die Chancen zur Selbstständigkeit in allen Phasen des beruflichen Lebens verbessern helfen. Junge Menschen sollen ebenso zu Existenzgründungen motiviert werden wie Ältere, die schon länger im Erwerbsleben stehen.

Die CDU will daher eine Gründungskultur von Menschen mit Erfahrung in Deutschland fördern. Dazu brauchen wir neue Formen der Finanzierung und der Beteiligung, die die spezifischen Nachteile Älterer bei Existenzgründungen und Betriebsübernahmen ausgleichen. Beispielsweise profitieren von den angestrebten verbesserten steuerlichen Anrechnungsmöglichkeiten von Verlusten in der Gründungsphase auch ältere Unternehmer.

Wirtschaftsfaktor Alter – innovative Produkte und Leitmärkte für ältere Gesellschaften

Deutschland hat die besten Voraussetzungen, sich zum Leitmarkt und Leitanbieter innovativer Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der älteren Generation zugeschnitten sind. Wir sind davon überzeugt, dass die Lebensqualität für alle Menschen in unserem Land steigt, wenn es uns gelingt, hier neue Akzente zu setzen. Denn vieles, was gut für ältere Menschen ist, ist auch gut für junge Familien.

Deutschland spürt die Folgen der Alterung der Gesellschaft bereits deutlicher als andere Länder. Den meisten Regionen der Welt, vor allem in Europa, Asien und Nordamerika wird es in naher Zukunft aber ähnlich ergehen. Unser Land kann deshalb bei der Bewältigung des demografischen Wandels Pionier sein und sich durch frühzeitige Weichenstellungen einen Vorsprung auf den entsprechenden Märkten sichern.

Wettbewerbsfähigkeit von Ländern und Kommunen erhalten

Für viele Städte und Gemeinden ist der Bevölkerungsrückgang mit der Frage verbunden, wie sie ihre nicht mehr ausgelastete Infrastruktur anpassen und das Notwendige und Richtige auf Dauer unterhalten und modernisieren können. Darüber hinaus bekommen sie weniger Geld aus dem Finanzausgleich zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen, solange sich die Zahlungen nach der Bevölkerungszahl richten.

Wir wollen, dass unsere Länder, Städte und Gemeinden – unsere Heimat – lebenswert und wettbewerbsfähig bleiben. Dazu wollen wir auf der einen Seite die Kooperationsmöglichkeiten stärken und auf der anderen Seite den betroffenen Ländern und Kommunen mehr Spielräume geben, damit sie auf Veränderungen, die auf sie zukommen, flexibel reagieren können: Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen benachbarten Gemeinden, Landkreisen und Ländern kann helfen, bei geringer werdenden finanziellen Spielräumen dennoch tragfähige Lösungen für die Erfüllung kommunaler Aufgaben zu organisieren. Dort, wo administrative oder steuerliche Fragen sinnvollen Modellen der Zusammenarbeit entgegenstehen, wollen wir geeignete Lösungen entwickeln. Wir setzen uns nachdrücklich für bessere Rahmenbedingungen in der interkommunalen Zusammenarbeit auch in Europa ein. Dies kann auch helfen, die städtebaulichen Herausforderungen des demografischen Wandels besser zu meistern. Wir werden die Erfahrungen aus den Stadtumbauprogrammen in die Entwicklung neuer demografieorientierter Programmschwerpunkte einfließen lassen und damit einen Beitrag zum Erhalt der Lebensqualität vor allem unserer Gemeinden und Städte leisten.

Auch in Regionen, die in Zukunft noch stärker vom Bevölkerungsrückgang betroffen sein werden, wollen wir weiterhin ein lebenswertes Umfeld sicherstellen. Hierbei möchten wir die Möglichkeiten, die uns moderne Techniken – und dabei insbesondere das Internet – bieten, nutzen, um die leistungsfähige Infrastruktur zu erhalten und eine gute Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Wir werden bestehende Vorschriften mit dem Ziel überprüfen, flexible und innovative Lösungen für dünn besiedelte Regionen zu ermöglichen. Gerade für die ländlichen Regionen werden wir prüfen, wie diese bei der Gestaltung des demografischen Wandels auf nationaler Ebene vor allem durch neue Förderschwerpunkte wirkungsvoll unterstützt und somit die Potenziale außerhalb der Ballungsräume gestärkt werden können.

4. Zukunft braucht Fachkräfte

Eine der größten Herausforderungen des Bevölkerungswandels ist der Fachkräftebedarf. Schon heute gibt es Branchen und Regionen, die wirtschaftlich erfolgreicher sein könnten, wenn es ausreichend Fachkräfte geben würde. Daneben spüren wir den Mangel insbesondere in Beru-

fen, die sich dem Dienst am Menschen verschrieben haben, wie beispielsweise Pflege- und Betreuungskräfte für Kranke und Hilfebedürftige.

Gute Bildung und Ausbildung als Erfolgsfaktor

Jeder braucht eine Chance, alle Jugendlichen müssen so gefördert und gefordert werden, dass sie ihr Leistungspotenzial ausschöpfen können. Indem wir diesen Anspruch umsetzen, leisten wir auch einen Beitrag, um den Fachkräftebedarf der Zukunft decken zu können. Dazu brauchen wir ein erstklassiges Bildungs- und Ausbildungssystem mit engagierten Lehrkräften und Ausbildern, exzellente Weiterbildungsmöglichkeiten sowie eine zeitgemäße Bildungsberatung.

Deshalb werden wir die Bildungsrepublik Deutschland weiter stärken. Sie zeichnet sich durch ein durchlässiges, leistungsfähiges und differenziertes Bildungssystem aus, das auf der Gleichwertigkeit von allgemeiner, beruflicher und akademischer Bildung beruht. Damit bilden unsere Schulen, Hochschulen und Betriebe das Fundament und das Rückgrat unseres wirtschaftlichen Erfolgs.

Unser duales Ausbildungssystem mit jährlich über 500 000 Auszubildenden ist ein ausgezeichnetes Instrument der Berufsausbildung und hat sich als Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit bestens bewährt. Deutschland hat die niedrigste Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen in der gesamten Europäischen Union. Wir setzen uns dafür ein, das duale Ausbildungssystem auch über unsere Landesgrenzen hinaus zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu verankern. Vor allem die Ausbildung im Betrieb sichert die Arbeitsmarktchancen der Auszubildenden. Diese Stärke wollen wir zusammen mit den Tarifpartnern dauerhaft sichern und weiterentwickeln. Dabei setzen wir vor allem auf die vielen Familienunternehmen und Handwerksbetriebe, die ein Grundpfeiler der dualen Ausbildung sind. Auch Industrie, Dienstleistung und Öffentlicher Dienst sind mit ihrem Beitrag für einen hohen Ausbildungsstand weiterhin unverzichtbar. Zu den Vorteilen unseres Bildungssystems zählt neben der dualen Berufsausbildung auch das duale Studium, das wir gemeinsam mit Wirtschaft und Hochschulen weiter fördern wollen.

Ein guter Übergang erleichtert den Berufsstart

Nach wie vor verlassen zu viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Häufig geraten sie in Warteschleifen oder brechen eine begonnene Ausbildung vorzeitig ab. Weder für die jungen Menschen selbst noch für die Betriebe, die mit Fachkräftemangel kämpfen, ist dies hinnehmbar. Deshalb hat die CDU-geführte Bundesregierung die sogenannten Bildungsketten eingeführt: Professionelle Berufseinstiegsbegleiter helfen den leistungsschwächeren Jugendlichen beim Übergang von der Schulbank in den Betrieb, indem sie zum Beispiel individuelle Förderpläne erstellen, den Jugendlichen bei der Ausbildungsplatzsuche und bei der Eingewöhnung im Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Auf diese Weise kann eine frühzeitige und praxisorientierte Berufsvorbereitung bereits in der Schule einsetzen. Mit einer besseren Verzahnung und Bündelung der in diesem Bereich schon heute erfolgenden Aktivitäten – bis hin zur Möglichkeit der Einrichtung von Jugendserviceagenturen – wollen wir neue Wege beschreiten, um die Koordination der verschiedenen Ansprechpartner der Jugendlichen deutlich zu verbessern.

Chancen für Jeden

Unser ganz besonderes Augenmerk gilt denjenigen, die es aufgrund ihrer persönlichen Lebenssituation schwer haben, eine geeignete berufliche Perspektive für sich zu entwickeln. Menschen mit Behinderung sollen dabei mehr Arbeitsangebote erhalten. Hierzu haben wir die „Initiative Inklusion“ auf den Weg gebracht. Mit ihr soll Menschen mit Behinderung aus allen Al-

tersgruppen eine bessere Berufsorientierung, Ausbildung und Beschäftigung ermöglicht werden. Die Einbindung von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft ist und bleibt zentrales Ziel der CDU. Wir sehen Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen zugleich als Menschen mit unterschiedlichen Begabungen, die unsere Gesellschaft bereichern.

Wir haben uns das Ziel gesetzt, insbesondere Langzeitarbeitslosen, beispielsweise durch Weiterbildung, neue Chancen auf Arbeit zu eröffnen. Gerade junge Erwachsene unter 30 Jahren ohne Berufsausbildung brauchen eine besondere Förderung. Mit Blick auf den Fachkräftemangel fordern wir, dass weitere Anstrengungen von allen Beteiligten unternommen werden, damit möglichst viele ihre Ausbildung nachholen bzw. abschließen können. Die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Teilausbildung werden wir schaffen. Dabei muss sichergestellt sein, dass Durchlässigkeit in eine höherwertige Ausbildung gewährleistet ist.

Wir setzen auch auf weitere Erfolge bei der Integration der in Deutschland lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Bei Neuzuwanderern setzen wir verstärkt auf vorbereitende Maßnahmen schon im Herkunftsland. Zugleich bauen wir mit einer konsequenten Politik des Forderns und Förderns bestehende Integrationsdefizite ab. Gerade jungen Menschen aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte wollen wir eine berufliche Perspektive bieten. Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration liegt in der Beherrschung der deutschen Sprache, der Bereitschaft, sich mit Leistung und Verantwortung für unser Gemeinwesen einzubringen und unsere Werte zu respektieren. Die meisten der über 15 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die bei uns leben, leisten schon heute einen bedeutenden Beitrag zum Wohlstand unseres Landes. Zu einem großen Teil leben sie schon seit vielen Jahren bei uns. Viele von ihnen wurden hier geboren. In zahlreichen Großstädten haben inzwischen mehr als die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren eine Zuwanderungsgeschichte.

Neben besonderen Sprachkenntnissen und Kenntnissen über ihr Herkunftsland bzw. das ihrer Vorfahren verfügen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vielfach über abgeschlossene Berufs- oder Hochschulausbildungen ihrer Heimatländer. Dieses Potenzial liegt aber noch zu oft brach. Es muss effizienter gefördert und ausgeschöpft werden. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist das von der CDU durchgesetzte Anerkennungsgesetz für im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse, die nun einfacher und schneller anerkannt werden.

Erfolge bei der Integration sind für unser Land ein großer Gewinn. Dafür stehen ganz besonders die über 680 000 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die sich bei uns selbstständig gemacht und knapp zweieinhalb Millionen Arbeitsplätze geschaffen haben.

Qualifizierte Zuwanderung

Die Fachkräftesicherung wird nur gelingen, wenn wir weitere hochqualifizierte und leistungsbe-reite Menschen auf dem internationalen Arbeitsmarkt für unser Land gewinnen.

Bürger aus EU-Staaten mit hoher Arbeitslosigkeit können und sollen die Chancen der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union nutzen. Das gilt ganz besonders für Jugendliche aus anderen europäischen Ländern, die sich in Deutschland beruflich ausbilden lassen. Dies kann sowohl eine Hilfe gegen unseren Lehrlings- und Fachkräftemangel sein als auch gegen die zum Teil extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern unseres Kontinents. Bürokratische Hindernisse, die diesen Zielen entgegenstehen, wollen wir konsequent abbauen. Auch Hochqualifizierte aus Ländern außerhalb Europas sind uns willkommen. Für sie und ihre Familien muss unser Land zum Leben und Arbeiten noch viel attraktiver werden. Leider kehren immer noch zu

viele qualifizierte junge Leute Deutschland den Rücken – ob mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte. Diese Talente gilt es, bei uns zu halten bzw. zurückzugewinnen.

Für Hochqualifizierte aus Nicht-EU-Staaten haben wir mit der „Blauen Karte“ die Weichen für den deutschen Arbeitsmarkt bereits richtig gestellt. Wir machen damit deutlich, dass uns all diejenigen willkommen sind, die es hier durch besondere Leistungen zu etwas bringen wollen. Ausländischen Studenten haben wir es einfacher gemacht, nach erfolgreichem Abschluss in Deutschland zu bleiben, Arbeit aufzunehmen oder ein Unternehmen zu gründen. Diese Instrumente wollen wir regelmäßig überprüfen und bedarfsorientiert fortentwickeln.

Willkommenskultur

Mit gesetzlichen und organisatorischen Maßnahmen allein ist es aber nicht getan. Wir brauchen eine gelebte Willkommenskultur und eine gezielte Ansprache von Hochqualifizierten im Ausland. Eine Willkommenskultur muss sichtbar und spürbar werden – beginnend mit der Ankunft in Deutschland. Sie muss insbesondere in den Regionen, Städten und Gemeinden gefördert werden. Eigens für Neuzuwanderer brauchen wir eine Anlaufstelle, die den erfolgreichen Einstieg in das Leben in Deutschland ermöglicht und den Start in den Berufsalltag erleichtert. Deshalb fordert die CDU, dass sich unsere Rathäuser auch als „Willkommenszentren“ verstehen, und die neuen Zuwanderer in praktischen und rechtlichen Fragen unterstützen.

Für eine gezielte Ansprache von Hochqualifizierten fordert die CDU, dass deutsche Auslandsvertretungen, Außenhandelskammern u. a. als aktive Botschafter für den Wirtschaftsstandort und Arbeitsmarkt Deutschland werben. Sie müssen sich mit dem Aufbau entsprechender Strukturen zu Anlaufstellen für Studenten, Hochschulabsolventen und Hochqualifizierte im Ausland entwickeln. Über die internationale Struktur der Goethe-Institute wie auch über die deutschen Auslandsschulen müssen diese Menschen künftig besser über die Zugangsmöglichkeiten zu deutschen Hochschulen und zum deutschen Arbeitsmarkt informiert werden. Zum Abbau von Sprachbarrieren wollen wir die Möglichkeiten zum Erlernen der deutschen Sprache im Ausland verbessern.

Wir begrüßen die Fachkräfteoffensive der CDU-geführten Bundesregierung mit ihrer mehrsprachigen Plattform im Internet www.make-it-in-germany.de. Sie bündelt alle nützlichen Informationen für Fachkräfte aus dem Ausland.

IV. Standort Deutschland stärken

1. Vom Defizitsünder zum Stabilitätsanker

Geordnete Finanzen sind der Schlüssel zu nachhaltigem Wachstum und dauerhaftem Wohlstand. Rot-Grün hat regelmäßig mehr Schulden gemacht, als es der Maastricht-Vertrag erlaubt. Sie haben mit ihrer Schuldenpolitik nicht nur den Stabilitätspakt in Europa schwer beschädigt, sondern den Wohlstand kommender Generationen gemindert und Zukunftschancen in Gefahr gebracht. 2005 haben wir als CDU in der Bundesregierung eine finanzpolitische Trendwende eingeleitet. Heute ist Deutschland für viele Länder wieder ein finanzpolitisches Vorbild. Unser Land ist vom Defizitsünder zum Stabilitätsanker Europas geworden. Wir haben die Schuldenbremse im Grundgesetz durchgesetzt und fordern die Länder auf, eine Schuldenbremse in ihren jeweiligen Verfassungen zu verankern, sofern dies noch nicht geschehen ist. Unser Dreiklang aus Sparen, Strukturreformen und einer Politik für Wachstum hat sich ausge-

zahlt: Wir erzielen mehr Einnahmen, begrenzen die Ausgaben und investieren noch stärker in unsere Zukunft.

An diesem Kurs einer wachstumsfreundlichen Konsolidierung halten wir fest. Obwohl die Schuldenbremse erst ab 2016 eine maximale Neuverschuldung von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vorschreibt, wollen wir diese Vorgabe bereits im Jahr 2013 erfüllen. Unser Ziel ist es, schnellstmöglich einen gesamtstaatlichen Schuldenstand von maximal 60 Prozent des BIP zu erreichen und die Staatsschulden zu reduzieren. Das ist gelebte Generationengerechtigkeit.

Wir wollen – stabile weltwirtschaftliche und europäische Rahmenbedingungen vorausgesetzt – bereits ab dem Jahr 2014 einen Bundeshaushalt ohne strukturelles Defizit erreichen.

Lohnzusatzkosten stabil halten

„Arbeit für Alle“ und solide Staatsfinanzen bedingen einander. Deshalb haben wir einen steigenden Teil der Sozialversicherungskosten von den Arbeitskosten entkoppelt. Das sichert und schafft neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Das war möglich, weil wir durch erfolgreiche Reformen die sozialen Sicherungssysteme stabilisiert und Beiträge gesenkt haben. Dadurch konnten wir die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen finanzierten Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent halten. Unter Rot-Grün hatte die gesamte gesetzliche Sozialversicherung ein Defizit von 3,3 Milliarden Euro. Heute haben wir einen Überschuss und der gemeinsame Beitragssatz liegt bei 39,2 Prozent. Wir werden den Beitragssatz zur Rentenversicherung zu Beginn des kommenden Jahres weiter absenken. Damit wird der Gesamtbetrag zur Sozialversicherung um rund 2,5 Prozentpunkte niedriger liegen als Ende 2005. Unser Ziel bleibt, die Lohnzusatzkosten nachhaltig zu stabilisieren, dadurch sozialversicherungspflichtige Arbeit attraktiver zu machen und eine generationengerechte Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme zu gewährleisten.

Wachstumsfreundliche Konsolidierung fortsetzen – finanzielle Vorsorge ausbauen

Eine älter werdende Gesellschaft mit weniger Beschäftigten, weniger jungen Menschen und mehr Rentnern muss finanziell vorsorgen, die öffentliche Infrastruktur weiterentwickeln und sich auf Investitionen konzentrieren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dazu wollen wir die Staatsquote, d. h. den Anteil der Staatsausgaben an der wirtschaftlichen Gesamtleistung unserer Volkswirtschaft, weiter reduzieren. Seit Regierungsübernahme der CDU Ende 2005 ist die Staatsquote um zwei Prozentpunkte auf 45 Prozent zurückgegangen – trotz der großen Wirtschaftskrise mit umfangreichen staatlichen Rettungsprogrammen. Anders als die linken Parteien, die auf Bevormundung und Reglementierung durch den Staat setzen, vertrauen wir den Menschen und ihren Ideen. Dafür schaffen wir Spielräume.

Geordnete Finanzen haben Vorrang

Wir wollen in der Spitzengruppe der Industrienationen bleiben, um unseren Lebensstandard und die hohe soziale Sicherheit zu schützen. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, dürfen Steuern und Beiträge nicht unnötig erhöht werden, wie SPD und Grüne das wollen. Wir lehnen eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine Erhöhung der Erbschaftsteuer ab, weil dies den Mittelstand schwächen und Arbeitsplätze gefährden würde. Vielmehr muss die beständige Prüfung der staatlichen Aufgaben einen wichtigen Beitrag zur Ausgabenbegrenzung insbesondere im konsumtiven Bereich leisten. Mit Blick auf die erheblichen finanziellen Lasten in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen sagen wir aber genauso deutlich: Geordnete Finanzen haben Vorrang vor Steuersenkungen. Wenn sich durch unsere solide Finanzpolitik

Räume für Steuersenkungen eröffnen, müssen zuallererst die Arbeitnehmer für ihren Einsatz belohnt werden.

Lohnerhöhungen müssen beim Arbeitnehmer ankommen

Wir unterstützen die Bundesregierung nachdrücklich bei ihrem Plan, die sogenannte „kalte Progression“ im Steuerrecht abzubauen. Dabei darf es nicht bei einer einmaligen Anpassung des Tarifs bleiben. Wir müssen – wie auch vom Bundesverfassungsgericht gefordert – die steuerliche Freistellung des Existenzminimums sichern und entsprechende Anpassungen vornehmen. Damit dies nicht zu einer neuerlichen Verschärfung der „kalten Progression“ führt, müssen auch die Steuertarife regelmäßig angepasst werden. Wir wollen, dass Gehaltssteigerungen, die lediglich Preisentwicklungen nachzeichnen, nicht zu einer höheren Steuerbelastung führen. Insgesamt sollen vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden. Deshalb fordern wir SPD und Grüne auf, ihre Blockade im Bundesrat bei diesem Vorhaben zu beenden. Sie schadet den Menschen in unserem Land. Wir stehen für ein Steuersystem, das eine angemessene Ausstattung unseres Gemeinwesens ermöglicht. Steuern sind erforderlich, um den Staat die finanziellen Mittel zu verschaffen, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht. Das Steuersystem muss dabei gleichzeitig Leistungsgerechtigkeit und sozialen Ausgleich in Einklang bringen. Unser Ziel bleibt dabei weiter, das Steuersystem zu vereinfachen, damit es für den Einzelnen nachvollziehbar und klar ist.

2. Europa: Grundstein unseres Erfolges

Seit über 60 Jahren ist die europäische Einigung ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand auf unserem Kontinent. Am 22. Januar 2013 werden wir in Berlin gemeinsam mit unserem französischen Nachbarn den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages durch Konrad Adenauer und Charles de Gaulles begehen. Für die heutige Generation ist die europäische Freundschaft und das tägliche Miteinander eine Selbstverständlichkeit, ein Krieg zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union undenkbar. Wir leben und erfahren ein Europa ohne Grenzen, beim Reisen oder bei der Ausbildung unserer Kinder. Hierfür sind der gemeinsame Binnenmarkt, der Schengenraum und die gemeinsame Währung von überragender Bedeutung. Dieser Botschaft Europas fühlen wir uns verpflichtet. Wir wollen sie bewahren und weiterentwickeln. Dabei sind wir uns bewusst, dass Deutschland und Frankreich auch in Zukunft eine besondere Verantwortung für das Gelingen des Einigungsprozesses und den Wohlstand unseres Kontinents haben. Wir wollen ein Europa, das von den Menschen gemeinsam gelebt und gestärkt wird. Gerade die grenzübergreifenden Regionen können hierbei eine besonders wichtige Funktion wahrnehmen.

Wir leben in einer Welt mit mehr als sieben Milliarden Menschen von denen nur noch sieben Prozent Europäer sind. Wir stehen im globalen Wettbewerb mit einer bislang nicht bekannten Dynamik. Wir werden unsere Interessen angesichts dieser neuen Herausforderungen nur durchsetzen können, wenn wir Europäer sie gemeinsam vertreten. Nur gemeinsam haben wir Europäer in der Welt eine starke Stimme. Dabei verbinden uns mehr als nur wirtschaftliche Belange. Das starke Fundament, auf dem Europa gründet, sind die Freiheitsrechte, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit, die aus ihrer bewegten Geschichte und Kultur hervorgegangen sind. Es sind vor allem unsere gemeinsamen Wurzeln der griechischen Philosophie und des römischen Rechts, des Christentums und des Judentums sowie der liberale Geist der Aufklärung. Diese Gemeinsamkeiten motivieren uns, den europäischen Einigungsprozess weiter voranzutreiben.

Wir Deutschen brauchen die Europäische Union und die Europäische Union braucht uns, weil wir nur gemeinsam unsere Werte verteidigen und nur gemeinsam unsere Art zu leben, zu ar-

beiten und zu wirtschaften in der Welt verankern können. Wir brauchen Europa, weil wir nur gemeinsam unsere europäische Überzeugung von freiheitlicher Demokratie, offener Gesellschaft und Sozialer Marktwirtschaft behaupten können.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union verpflichtet uns, den Weg der europäischen Integration entschlossen weiter zu gehen. Dazu hatten wir bereits im vergangenen Jahr mit unserem europapolitischen Beschluss „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“ vom 14./15. November 2011 wichtige Weichen gestellt.

Klare Prinzipien: Eigenverantwortung und Solidarität – Haftung und Entscheidung

Die europäische Staatsschuldenkrise stellt die Europäische Union, insbesondere die Euro-Gruppe, vor eine ihrer größten Herausforderung. Umso wichtiger ist es, dass die CDU-geführte Bundesregierung über die Wahrung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bei der Krisenbewältigung wacht und sie konsequent für eine wirkungsvolle Stabilitätsunion arbeitet. Für dauerhafte Stabilität und nachhaltiges Wachstum in Europa brauchen wir solide Finanzpolitik, Wachstumsförderung durch Strukturreformen und Investitionen in die Zukunft. Damit gewinnen wir auch verlorengegangenes Vertrauen zurück. Wir lassen uns daher von folgenden Prinzipien leiten:

Eigenverantwortung und Solidarität

Zuerst ist jeder Mitgliedstaat für solide Finanzen und wirtschaftliche Reformen selbst verantwortlich. Gleichzeitig bekennen wir uns zur besonderen Solidarität der Euro-Staaten untereinander. In diesem Geist haben wir mit dem vorläufigen Rettungsschirm EFSF und dem dauerhaften Stabilitätsmechanismus ESM Maßnahmen ergriffen, um die Stabilität des Euro als Ganzes zu sichern. Die Gewährung von Hilfen aus dem ESM kann nur erwarten, wer den Fiskalvertrag ratifiziert und eine nationale Schuldenbremse eingeführt hat.

Haftung und Entscheidung

Haftung kann grundsätzlich nur dort eingefordert werden, wo auch die Entscheidungen gefällt werden. So gehört es zu einer soliden, tragfähigen Finanzpolitik, dass jeder Staat für seine Schulden grundsätzlich selbst verantwortlich ist. Deshalb sind wir gegen Pläne zur Einführung von Eurobonds, eine gemeinsame Haftung für Alt-Schulden oder eine Bankenlizenz für den ESM.

Der Geldwert-Stabilität verpflichtet – Rolle der EZB

Die Europäische Zentralbank ist unabhängig und bleibt der Geldwert-Stabilität verpflichtet. Sie ist kein Instrument der Staatsfinanzierung. Die grundsätzliche Möglichkeit der EZB, Staatsanleihen unbegrenzt aufzukaufen, wenn Schuldenstaaten die ESM-Auflagen erfüllen, kann nur ein vorübergehendes Instrument sein.

Vier zentrale Handlungsfelder für die Stabilitätsunion

Auf dem Weg in Richtung einer Stabilitätsunion konnte die CDU-geführte Bundesregierung auf der Grundlage dieser Prinzipien wichtige Erfolge erzielen. Mit der Umsetzung des Fiskalpakts und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) haben wir die Stabilität des Euro gestärkt. Wir wissen aber auch, dass weitere Anstrengungen erforderlich sind. Dabei setzen wir auf vier zentrale Handlungsfelder, um eine dauerhafte Stabilitätsunion zu erreichen.

1. Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht

Wir unterstützen die Schaffung einer effizienten Bankenaufsicht und eines konsequenten Restrukturierungsverfahrens. Dabei werden wir darauf achten, das bewährte Modell der dezentralen Aufsicht zu übernehmen.

tralen Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu berücksichtigen. Wir werden dafür sorgen, dass die Auszahlung von Finanzmitteln aus dem ESM zur Restrukturierung von Banken erst nach Feststellung der vollen Arbeitsfähigkeit der europäischen Bankenaufsicht erfolgen kann. Eine gemeinsame europäische Einlagensicherung mit einer Vergemeinschaftung des Haftungsrisikos lehnen wir ab. Wir sprechen uns allerdings für die Einführung europäischer Mindeststandards für die nationalen Einlagensicherungssysteme aus. Es gilt bei der Schaffung neuer Instrumente der Aufsicht die Devise: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit!

2. Verwirklichung einer europäischen Fiskalunion

Für die Verwirklichung einer Fiskalunion müssen die Bestimmungen des gestärkten Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Fiskalpakts vollständig umgesetzt und strikt angewendet werden. Darüber hinaus halten wir zusätzliche Stabilitätsvorkehrungen für sinnvoll. Wir setzen uns dafür ein, dass auf der europäischen Ebene Durchgriffsrechte geschaffen werden, damit dort, wo gegen die vereinbarten Grenzwerte des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verstoßen wird, von europäischer Ebene aus gehandelt werden kann. Wir fordern, dass der EU-Währungskommissar in einem solchen Fall die Kompetenz erhält, einen regelwidrigen Haushalt für ungültig zu erklären.

Mittelfristig setzen wir uns dafür ein, innerhalb der Euro-Zone für Staaten, die ihre Schulden-tragfähigkeit verlieren, ein Insolvenzverfahren zu entwickeln.

3. Ausbau der europäischen Wirtschaftsunion

Zur Realisierung einer Wirtschaftsunion brauchen wir eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung, zumindest innerhalb der Euro-Zone. Mit dem Euro-Plus-Pakt sind erste wichtige Schritte dazu auf dem Weg gebracht worden. Jetzt müssen weitere folgen. Es gilt, verloren gegangene Wettbewerbsfähigkeit wieder zu gewinnen. Wir wollen daher, dass die Mitgliedstaaten mit Zustimmung ihrer jeweiligen nationalen Parlamente zu diesem Zweck verbindliche Reformvereinbarungen mit der europäischen Ebene schließen. Dabei müssen wir uns an der globalen Wettbewerbsfähigkeit orientieren.

Zugleich dürfen wirtschaftlich besonders erfolgreiche Eurozonen-Staaten nicht mit Sanktionen bedroht werden, damit es auf diesem Weg nicht zu einer Angleichung in Richtung Mittelmaß kommt.

Für Mitgliedstaaten, die ihre Verpflichtungen aus den Reformvereinbarungen erfüllen, schlagen wir einen Solidaritätsfonds vor. Aus ihm sollen zeitlich begrenzte Gelder in Anspruch genommen werden können, die ausschließlich in Projekte investiert werden, die die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Sobald die Reformen greifen, werden die Länder besser in der Lage sein, ihre Leistungsbilanzdefizite abzubauen. Gemeinsam mit der nötigen Haushaltsdisziplin wird so auch das Vertrauen der Anleger zurückgewonnen. Beides zusammen würde einen entscheidenden Beitrag leisten, damit sich die in erhebliche Schieflage geratenen gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten der nationalen Notenbanken im Zahlungsverkehrssystem der Europäischen Zentralbank („TARGET2“) wieder entspannen können.

4. Stärkung der demokratischen Legitimation und Kontrolle

Wir brauchen in wichtigen Politikfeldern mehr Europa. Daher werden wir in den nächsten Jahren Schritte gehen, die zur Stärkung einer kraftvollen, bürgernahen und demokratischen politischen Union führen. Jede Entscheidung muss auf der Ebene legitimiert und kontrolliert werden,

auf der sie getroffen wird. Da, wo die europäische Entscheidungskompetenz gestärkt wird, müssen die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt werden. Wo es neue Kompetenzen der Mitgliedstaaten gibt, müssen die Rechte der nationalen Parlamente gestärkt werden.

3. Energiewende voranbringen und Rohstoffstrategie durchsetzen

Von überragender Bedeutung für unser Land ist eine verlässliche Energieversorgung. Dabei steht für uns fest: Wir werden den eingeschlagenen Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien entschlossen und zügig, aber auch mit Augenmaß weitergehen. Deutschland ist auf eine sichere, bezahlbare und umweltgerechte Energieversorgung angewiesen. Sie ist ein entscheidender Schlüssel zum Erfolg unseres Landes, das als Industrie- und Wirtschaftsnation in einem globalen Wettbewerb steht. Nicht minder wichtig ist es, dass es uns gelingt, insgesamt noch effizienter mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen umzugehen und den Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen für die deutsche Wirtschaft dauerhaft zu sichern.

Wegweisende Energiewende

Grundlage für die Energiewende ist das von der CDU-geführten Bundesregierung beschlossene Energiekonzept. Ein derart umfassendes und ehrgeiziges Konzept, das alle Bereiche – Strom, Wärme und Verkehr – abdeckt, hat es in der deutschen Umwelt- und Energiepolitik bislang nicht gegeben. Markt und Wettbewerb sind die Grundlage für eine erfolgreiche Umsetzung auf der Basis der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. So soll bis zum Jahr 2050 der Energieverbrauch in Deutschland halbiert, der Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch auf 80 Prozent gesteigert werden. Im Verkehrsbereich soll der Energieverbrauch bis 2050 um mindestens 40 Prozent gegenüber 2005 zurückgehen. Die klimaschädlichen Treibhausgase sollen um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 vermindert werden. Auf dem Weg zu diesen ehrgeizigen Zielen sind wir in den letzten Jahren gut vorangekommen. Mit einem Anteil von 25 Prozent Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung zählen wir schon heute international zur Spitzengruppe der Industrieländer. Ein weiterer Ausbau erfordert eine Neuausrichtung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die stärker auf den Markt setzt. Vertretbare Energiepreise und eine sichere Grundlastversorgung sind Grundbedingungen der Energiewende.

Versorgungssicherheit hat Priorität

Für einen Erfolg der Energiewende brauchen wir aber zusätzliche Anstrengungen. Der Ausbau des Stromnetzes muss genauso beschleunigt werden wie die Entwicklung neuer Speichertechnologien. Zugleich brauchen wir auch moderne Kohle- und Gaskraftwerke, um die erforderliche Grundlast sicherzustellen und die Schwankungen bei den Erneuerbaren Energien wirksam ausgleichen zu können. Nur wenn das gelingt, kann die Versorgungssicherheit zu jeder Tages- und Nachtzeit weiterhin sichergestellt werden. Um alte ineffiziente Kraftwerke zu ersetzen, wollen wir den Bau neuer, effizienter Kraftwerke beschleunigen und streben für die Investoren stabile und verlässliche Rahmenbedingungen an. Durch den Einsatz modernster Technologien kann auch die Braunkohle als einheimischer Energieträger solange wie nötig genutzt werden.

Energiepreise müssen bezahlbar und die Wirtschaft wettbewerbsfähig bleiben

Der mit der Energiewende einhergehende Umbau unserer Energieversorgung ist eine Generationenaufgabe mit erheblichen Investitionen und finanziellen Anstrengungen. Ziel muss es sein, die unvermeidlichen Kostensteigerungen der Energiepreise durch eine möglichst effiziente Ausgestaltung des Umbaus so gering wie möglich zu halten. Weder private Verbraucher noch Unternehmen dürfen durch die Energiewende überfordert werden. Deshalb stehen wir dafür, dass diese Mehrkosten einerseits fair verteilt werden und andererseits nicht dazu führen, dass Arbeitsplätze vernichtet werden. Gleichzeitig müssen bei der Umsetzung der Ausbauziele alle

Möglichkeiten zur Kostenminimierung innerhalb Deutschlands und Europas konsequent genutzt werden. Es ist entscheidend, die Energiewende als nationales Gemeinschaftswerk in Abstimmung mit der EU voranzutreiben.

Wir setzen uns für eine Vereinheitlichung der Wettbewerbsbedingungen ein. Solange deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb durch unterschiedliche Regeln und Rahmenbedingungen für Preise und Steuern erheblich benachteiligt werden, brauchen wir weiterhin Entlastungen für besonders betroffene energieintensive Unternehmen. Sie sind nur mit wettbewerbsfähigen Energiepreisen in der Lage, Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen, um neue Impulse zum Wachstum in Deutschland zu setzen. Wir wollen, dass sie diese Chancen auch in Zukunft bei uns nutzen können.

Energiewende setzt auf Vielfalt

Der Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien setzt nicht auf eine einzige Energieform, sondern auf Vielfalt. Dabei wollen wir die Vorteile der jeweiligen Erneuerbaren Energien nutzen, sie intelligent miteinander verknüpfen und offen bleiben für neue Technologieentwicklungen. In einem intelligenten Energiesystem sind zentrale wie dezentrale Systeme gleichermaßen erforderlich, ebenso wie größere und kleinere Energieerzeuger. Deshalb werden wir alle ermuntern, im Interesse unseres Landes an einem Strang zu ziehen. Auch Erneuerbare Energien können Risiken und Nebenwirkungen haben. Die CDU wird darauf achten, dass ein gesunder Mix der einzelnen neuen Energieformen eingesetzt wird, der beispielsweise keine Monokulturen in der Landwirtschaft zur Folge hat. Dies sollte vor allem über wirtschaftliche Anreize geschehen.

Damit die Energiewende gelingt, wollen wir auch die großen Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz und der Energieeinsparung gerade im Gebäudebereich nutzen. Der Wärmebedarf soll bis 2020 um 20 Prozent sinken und der Stromverbrauch in Gebäuden u. a. durch energieeffiziente Haushaltsgeräte sowie moderne, intelligente Netze um mindestens 10 Prozent vermindert werden. Dazu setzen wir vor allem auf eine umfassende Energieberatung, verbraucherorientierte Informationskampagnen und die durchgängige und verständliche Energiekennzeichnung aller Geräte. Wir werden Anreize geben und unterstützen sogenannte Contracting-Modelle, bei denen die Energieunternehmen Zuschüsse zu sparsamen Geräten zahlen, die mit Raten in Höhe der Energieeinsparung beglichen werden. Bis zum Jahr 2050 soll ein nahezu klimaneutraler Gebäudebestand erreicht werden. Dazu hat die CDU-geführte Bundesregierung das KfW-Gebäudesanierungsprogramm auf 1,5 Mrd. Euro erhöht und beabsichtigt, die steuerlichen Anreize gemeinsam mit den Ländern auf den Weg zu bringen.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang auch die zahlreichen Initiativen, die beispielsweise nach genossenschaftlichen Prinzipien private Investitionen in Energieeffizienz und Klimaschutz unterstützen. Wir sehen darin ermutigende Ansätze, die unterstreichen, wie vielfältig die Ideen und das Engagement der Menschen in unserem Land sind.

Leitungsbau mit koordiniertem Vorgehen beschleunigen

Von überragender Bedeutung für den Erfolg der Energiewende ist der rasche Neubau von Leitungsnetzen. Das gilt für den Ausbau der regionalen Verteilnetze und insbesondere die großen Trassen, die den Strom aus den windreichen Regionen an Nord- und Ostsee in den Süden und Westen transportieren, wo besonders verbrauchsstarke Unternehmen beheimatet sind.

Um den Netzausbau zu beschleunigen, hat die CDU-geführte Bundesregierung wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Mit dem Energieleitungsausbaugesetz, dem Netzausbaube-

schleunigungsgesetz sowie einem Bedarfsplangesetz stellen wir sicher, dass zentrale länderübergreifende Projekte durch schnellere Verfahren und eine bessere Koordination rascher fertiggestellt werden können.

Europäischen Energieverbund stärken und Energiebinnenmarkt vollenden

Neben dem Ausbau bei uns im Land wollen wir auch die Weichen für einen besseren Transport des Stroms innerhalb Europas stellen. Schwankungen können besser ausgeglichen werden, wenn es gelingt, den Strom grenzüberschreitend zu transportieren und seine europaweite Speicherfähigkeit zu verbessern. Wir unterstützen die EU-Kommission in ihren Bemühungen um den Ausbau eines europäischen Strom-Binnenmarkts, weil wir die Vorteile der verschiedenen geografischen Bedingungen in Europa für eine erfolgreiche Energiewende besser nutzen wollen: Auch in der Energiepolitik gilt: Europa kann nur stark sein, wenn die Integration vorangetrieben wird. Hierzu müssen der europäische Stromverbund und die Grenzkuppelstellen weiter ausgebaut werden.

Gemeinschaftsaufgabe mit neuen Chancen

Die Energiewende ist eine Gemeinschafts- und Generationenaufgabe, die Bund, Länder, Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft und alle gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam bewältigen wollen. Unsere Gemeinden, Städte und Landkreise sowie die kommunalen Unternehmen sind dabei starke Akteure und Partner, um unsere Ziele nachhaltig zu erreichen. Mit neuen Formen der Bürgerbeteiligung wollen wir die Akzeptanz in der Bevölkerung verbessern und einen gemeinsamen Konsens schaffen. Wir sehen bei den Anwohnern auch den Wunsch, auf Freileitungen zu verzichten und stattdessen vermehrt auf Erdkabel, insbesondere in Wohnortnähe, zu setzen. Hier werden wir Kosten und Nutzen sorgfältig abwägen, wobei wir bei gesundheitlicher Unbedenklichkeit auf den raschen Netzausbau und die Bezahlbarkeit besonderen Wert legen.

Neben den vor uns liegenden Herausforderungen bietet die Energiewende auch große Chancen für Innovationen und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die Märkte für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind auf innovative Lösungen angewiesen. Gerade deutschen Unternehmen bieten sich durch ihre technologische Vorreiterrolle vielfältige Möglichkeiten, zu den Pionieren eines neuen und sich weltweit entwickelnden Marktes zu gehören.

Markintegration beschleunigen und Speichertechnologie verbessern

Entscheidend ist es, die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Markt- und Systemintegration der Erneuerbaren Energien voranzutreiben. Die derzeitige Praxis regulierter Preise und garantierter Abnahmemengen wollen wir durch eine Weiterentwicklung des EEG hin zu einem stärker marktwirtschaftlich und wettbewerblich organisierten System reformieren. So können die Belastungen für die Verbraucher reduziert und Anreize für technische Innovationen gesetzt werden. Wir wollen den Netzausbau besser mit dem technologieoffenen weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien verzahnen. Wir brauchen zudem stärkere Anreize für Forschung und Entwicklung sowie einen nachhaltigen Ausbau von Energiespeichern. Die Bundesregierung stellt im Rahmen der Hightech-Strategie 200 Mio. Euro bis 2014 für die Entwicklung neuer Speichertechnologien bereit. Wir wollen, dass dieses Thema auch darüber hinaus eine besondere Priorität genießt und Speichertechnologien zügig zur Marktreife geführt werden.

Der Staat muss Konzeption, Koordination und Förderung in die Hand nehmen

Die Energiewende ist eine gewaltige technische und organisatorische Herausforderung. Sie erfordert ein umfassendes Konzept, eine gute Koordination und effiziente Förderung. Hier sehen wir für die nächsten Jahre ein zentrales Aufgabenfeld staatlichen Handelns, der die Hauptver-

antwortung dafür trägt, die Energiewende erfolgreich zu gestalten. Deshalb sind eindeutige Zuständigkeiten und eine klare Abstimmung vor allen Dingen zwischen Bund und Ländern, zwischen den einzelnen Ländern sowie betroffenen Kommunen, aber auch mit den beteiligten Unternehmen gefordert, genauso wie ein straffes Projektmanagement. Wir begrüßen die jüngst vorgestellte nationale Strategie zur Umsetzung der Energiewende. Dies ist ein wegweisender Schritt, um die notwendige Koordination und den Dialog insbesondere zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den Ländern zu stärken.

Rohstoffzugang sichern und Ressourcen effizient nutzen

Für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sind wir auf eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Versorgung mit Rohstoffen angewiesen. Viele Bereiche unserer Wirtschaft sind vom Import strategischer Rohstoffe abhängig. Wir wollen durch eine gezielte Rohstoff- und Ressourcenpolitik dafür sorgen, dass wichtige Innovationen auch in Zukunft nicht durch eine unzureichende Versorgung mit Rohstoffen behindert werden.

Deshalb unterstützt die CDU das Rohstoffkonzept der Bundesregierung, die Versorgung mit nicht zu ersetzenden Rohstoffen sicherzustellen und gleichzeitig die Abhängigkeit durch Investitionen in die Entwicklung von neuen Werkstoffen zu verringern. Zudem wollen wir die Material- und Energieeffizienz verbessern und die Recyclingquote erhöhen. Auch die verstärkte Nutzung einheimischer Rohstoffe kann dazu dienen, die Abhängigkeit von Rohstoffimporten zu verringern. Dabei sind ein transparentes Vorgehen und die Beachtung strenger Umweltauflagen im Interesse der betroffenen Bevölkerung sicherzustellen. Ziel einer sicheren und nachhaltigen Rohstoffversorgung in Deutschland muss es sein, auch in den Förderländern den verantwortungsvollen und transparenten Umgang mit Rohstoffen durch gute Regierungsführung und eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft unter Wahrung der Menschenrechte und Einhaltung international anerkannter sozialer und ökologischer Standards zu stärken. Wir begrüßen die Initiativen der deutschen Wirtschaft zum Aufbau einer Rohstoffallianz, mit dem Ziel, die Versorgung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche mit Rohstoffen langfristig zu gewährleisten. Wir Christdemokraten wollen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Gewinnung und Nutzung der Schätze der Erde so ausgestalten, dass sie einer weltweit nachhaltigen und friedlichen Entwicklung dienen.

4. Deutschland als innovative Wissens- und Gründergesellschaft voranbringen

Deutschland ist ein technikfreundliches Land mit einer hohen technologischen Leistungsfähigkeit. Wir sind stolz darauf, dass deutsche und ausländische Unternehmen gerne in Deutschland forschen und Produkte entwickeln. Das ist für uns Ansporn, noch besser zu werden und die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Unser Land ist heute wieder einer der weltweit führenden Innovationsstandorte. Spitzentechnologie „Made in Germany“ begründet unseren Weltruf und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Dies sichert Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand.

Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf Rekordstand

Noch nie wurde in Deutschland so viel für Forschung und Entwicklung ausgegeben wie unter der CDU-geführten Bundesregierung. Die öffentlichen und privaten Aufwendungen sind auf den Rekordwert von knapp 70 Mrd. Euro gestiegen und haben die angestrebten drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes nahezu erreicht. Allein die jährlichen Ausgaben der Bundesregierung für Forschung und Entwicklung sind in der Regierungszeit der CDU von neun Milliarden Euro im Jahr 2005 auf 13,7 Mrd. Euro in 2011 gestiegen. In dieser Legislaturperiode sind insgesamt 12 Mrd. Euro zusätzlich für Bildung und Forschung ausgegeben worden. Das ist ein deutliches und

ermutigendes Zukunftssignal. Wir sind davon überzeugt, dass Investitionen in die Wissenschaft die Chancen und Arbeitsplätze von morgen sind. Doch nicht nur die Ausgaben, auch die Ergebnisse der Wissenschaft stimmen zuversichtlich: Die Anzahl der wissenschaftlichen Publikationen pro Einwohner als wichtiges Kriterium für die Leistungsfähigkeit der Forschung ist zwischen 2000 und 2010 um rund 28 Prozent gestiegen. Damit konnten wir erstmalig den bisherigen Spitzenreiter USA überholen. Das ist eine beeindruckende Leistung unserer Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Hochschulen und Forschungseinrichtungen ziehen Studenten aus der ganzen Welt an

Die Zahl der ausländischen Studenten hat sich seit Anfang 2000 um 60 Prozent erhöht. Die Förderorganisation DAAD und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung sind hierbei wichtige Stützen. Insgesamt studieren in Deutschland mit über 2,2 Millionen so viele junge Menschen wie noch nie. Im gleichen Zeitraum hat auch die Zahl der wissenschaftlichen Stellen in Deutschland um 60 000 zugenommen. Mittlerweile arbeiten in Deutschland mehr als eine halbe Million Menschen für Forschung und Entwicklung – das ist ein Rekordstand.

Technikbegeisterung fördern und verantwortungsvolle Talente für die Zukunft gewinnen

Wir wollen als offene Wissensgesellschaft auch langfristig erfolgreich sein. Wir wollen Schritt halten im globalen Wettbewerb. Dafür müssen wir unsere Offenheit für neue Technologien und unsere Neugier für Veränderung bewahren und ausbauen. Technikbegeisterung und Technikinteresse gilt es früh zu wecken. Immer mehr Kindergärten werden deshalb zum „Haus der kleinen Forscher“. Über eine Million Kinder in mehr als 19 000 Kitas werden mit diesem naturwissenschaftlich-technischen Angebot bereits erreicht. In der Schule stärken wir die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) und bauen sie qualitativ aus. Solide naturwissenschaftliche und technische Bildung ist für jeden wichtig. Eine besondere Herausforderung wird es sein, insbesondere Mädchen und Frauen für MINT-Berufe zu begeistern.

Wir wollen Deutschland zu einer Talentschmiede mit Chancen für Alle machen. Dazu gehört auch die Förderung von besonders Begabten. Wir wissen, dass die Zukunft unseres Landes auch entscheidend von der Innovationskraft, den Leistungsbedingungen und dem Engagement seiner Eliten abhängt. Dazu gehört eine zielgenaue Hochbegabtenförderung und ein Klima der Anerkennung besonderer Leistungen. Für die CDU steht fest: Eine Elite zeichnet sich durch fachliche Exzellenz, hohes Verantwortungsbewusstsein, klare Werte und besondere Leistungsbereitschaft aus. Grundsätze der Verantwortungs- und Gesellschaftsbildung sind daher für uns fester Bestandteil der Förderung von Eliten.

Studienfinanzierung gesichert und neue Karrierewege eröffnet

Für junge Menschen ist die Finanzierung ihres Studiums eine zentrale Frage. Wir lassen sie hier nicht allein und sehen das BAföG weiter als starke Säule unserer Studienfinanzierung. Zur gezielten Talentförderung haben wir das Deutschlandstipendium eingeführt und wollen es ausbauen. Sein Erfolg zeigt, dass es richtig war, den Weg zu einer neuen Spenden- und Alumnikultur einzuschlagen und ein stärkeres privates Engagement für unsere Nachwuchsförderung zu erschließen. Auch die Mittel für die Begabtenförderungswerke haben wir erhöht. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs werden wir auf Talente und Begabungen zugeschnittene Karrierewege weiter fördern. Wir wollen den akademischen Mittelbau wieder stärken. Hierfür sollen z. B. verschiedene Formen von Professuren weiterentwickelt werden. Unser Ziel sind attraktive, familienfreundliche Rahmenbedingungen und planbare Karriereperspektiven.

Wir fördern Exzellenz und bleiben ein verlässlicher Partner für die Wissenschaft

Für Spitzenleistungen des Forschungsstandortes Deutschland wollen wir die Dynamik der Exzellenzinitiative der Hochschulen auch nach 2017 nutzen und dafür entsprechende Ansätze entwickeln. Mit dem Pakt für Forschung und Innovation bleiben wir ein verlässlicher Partner der Wissenschaft und werden auch künftig mit einem stabilen Aufwuchs von fünf Prozent jährlich zur Finanzierung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen einen soliden Beitrag leisten. Damit wird auch die Grundlagenforschung als elementarer Bestandteil der Wissenschaft gestärkt. Mit dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz haben wir ein wichtiges Projekt für den Forschungsstandort Deutschland auf den Weg gebracht. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen erhalten mehr Freiheit und Eigenständigkeit bei der Mittelverwendung, damit die Forschungsfördermittel noch effektiver eingesetzt werden können. Bei der Personalgewinnung ergeben sich neue Chancen, da Spitzenforschern künftig auch international wettbewerbsfähige Gehälter gezahlt werden können. Das stärkt unsere Rolle im internationalen Wettbewerb. Wir wollen für den Hochschulbereich vergleichbare Freiheiten erreichen – in Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Diese Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitärer Forschung wollen wir auch durch die seitens der Bundesregierung angestoßene Grundgesetzänderung stärken. Dabei bedingen sich exzellente Forschung und exzellente Lehre gegenseitig. Wenn Forscher ihre Expertise in ihren Lehrveranstaltungen mit Studenten teilen, profitieren alle Beteiligten. Die Exzellenz von universitärer Lehre schafft die Grundlage für die Exzellenz von Nachwuchswissenschaftlern und Nachwuchsfachkräften für die deutsche Wirtschaft. Die CDU begrüßt die Initiativen der Länder die Lehre an den Hochschulen zu stärken und trotz steigender Studentenzahlen weiter zu verbessern.

Mit der Hightech-Strategie und Spitzenclustern die Zukunft gewinnen

Mit unserer Hightech-Strategie 2020 bündeln wir die Forschungs- und Innovationsaktivitäten und richten sie auf die großen Herausforderungen und Zukunftsmärkte aus: Klima und Energie, Gesundheit und Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation. Deutschland soll hier Vorreiter bei der Lösungsfindung sein.

Wir fördern hierzu Spitzencluster, in denen führende Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Verwaltung und weitere Akteure eines Technologiefeldes ihre Kräfte in einer Region bündeln. Wir entwickeln neue Modelle der öffentlich-privaten Partnerschaft. In Forschungszentren arbeiten Wissenschaft und Wirtschaft an den Problemen von morgen und entwickeln die Techniklösungen und Dienstleistungen von übermorgen.

Wir werden im Rahmen der Versorgungsforschung stärker wissenschaftlich untersuchen, wie Patienten, insbesondere ältere und chronisch Kranke in Deutschland versorgt werden und wo Verbesserungspotenzial in der Versorgung besteht. Auf dieser Basis wollen wir optimale Therapien und neue Versorgungskonzepte entwickeln und umsetzen, die die Lebensqualität der Patienten im Alltag verbessern und die gleichzeitig wirtschaftlich sind.

Forschungsraum Europa stärken

Wissenschaft ist international, deshalb darf sich die Zusammenarbeit auch nicht auf Regionen in Deutschland beschränken. Vielmehr brauchen wir in der Globalisierung einen gemeinsamen Forschungsraum Europa. Wir werden hierfür ein starker Partner in Europa sein, unsere Hightech-Strategie nach Europa tragen und ein starkes Netz der europäischen Innovationsregionen knüpfen. Das schafft Innovations- und Wachstumsimpulse in Deutschland und ganz Europa. Dazu wollen wir sicherstellen, dass nicht nur die nationalen Haushalte der EU-Mitgliedstaaten,

sondern auch der gemeinsame europäische Haushalt weiterhin ausreichende Mittel zur Forschungsförderung bereitstellt. Wir wollen die Möglichkeiten der ab 2014 neu gestalteten europäischen Strukturförderung, die nun auch funktionale Räume als förderfähig betrachtet, für die Stärkung regionaler Cluster nutzen. Durch solche regionalen Clusterinitiativen und Netzwerke können Innovationskräfte aus Wirtschaft und Wissenschaft effektiv gebündelt und vor allem die Produktion und somit die Arbeitsplätze für Deutschland gesichert werden.

Rahmenbedingungen für Technologietransfer und Unternehmensgründungen verbessern

Wir wollen, dass aus noch mehr Forschungsergebnissen schnell serienreife Produkte und Systeme werden. Dazu werden wir mit der Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung ein neues Instrument erproben, das zusätzliche Forschungsimpulse insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen setzt. Die bestehende themenoffene Projektförderung wollen wir als Kern der Mittelstandsförderung fortsetzen.

Wir haben die Beteiligung von Forschungseinrichtungen an Ausgründungen deutlich erleichtert. Mit der Weiterentwicklung der „EXIST“-Initiative wollen wir universitätsweite Gründungsstrategien unterstützen, die es für Studenten und Absolventen attraktiver macht, ihre Ideen schneller und erfolgreicher am Markt umzusetzen. Insgesamt geht es darum, die Bedingungen für Gründungen gerade im dynamischen und schnell wachsenden Hightech-Bereich zu verbessern.

Mit dem neu angelegten Hightech-Gründerfonds können wir neu gegründeten Technologieunternehmen eine erste Finanzierung anbieten. Wir werden einen neuen „Investitionszuschuss Wagniskapital“ einführen, von dem insbesondere „Business Angels“ profitieren sollen, und der zur notwendigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für privates Wagniskapital in Deutschland beiträgt. Wagniskapitalfonds sollen als vermögensverwaltend eingestuft und von der Gewerbesteuer befreit sowie bei der Umsatzbesteuerung von Managementvergütungen international wettbewerbsfähig gestellt werden. Ebenso dürfen bei Veränderungen im Gesellschafterkreis Verlustvorträge der finanzierten Unternehmen nicht verlorengehen. Wir wollen die Wagniskapitalgeber darüber hinaus unterstützen, indem wir sie auch weiterhin von Steuerzahlungen auf Dividenden- und Veräußerungsgewinne befreien, insofern sie weniger als 10 Prozent Anteilsbesitz haben. Es ist richtig, diese Regelung auch auf ausländische Kapitalgeber auszuweiten.

5. Chancen der Digitalisierung nutzen

Internet und digitale Wirtschaft treiben Innovation und Wachstum rasant voran. Gerade in den traditionellen Wirtschaftsbereichen wird die Digitalisierung immer stärker zum Wachstumstreiber: International gehören wir heute zur Spitzengruppe, aber die Geschwindigkeit der Veränderungen ist enorm und nimmt international weiter zu. Weitere Anstrengungen sind deshalb notwendig, wenn wir auch in Zukunft eine gestaltende Rolle in diesem Bereich übernehmen wollen. Deshalb wollen wir uns hier besonders engagieren – mit dem Ziel, Deutschland zum digitalen Wachstumsland Nummer 1 bis zum Ende des Jahrzehnts zu machen.

Wir sehen vor allem die damit verbundenen großen Chancen für unser Land und ein besseres Leben: Wir sehen die Chancen für eine moderne medizinische Betreuung durch eine IT-gestützte Gesundheitsversorgung („E-Health“) und altersgerechte Assistenzsysteme für ein gesundes und unabhängiges Leben („Ambient Assisted Living“). Wir sehen die Chancen im Bereich der Bildung an Schulen und Hochschulen und werden dazu den Umgang mit digitalen Medien in der Ausbildung von Lehrenden stärker berücksichtigen. Das ist eine der Voraussetzungen, damit Präsenz- und Onlinelernen besser miteinander verbunden werden können. Wir sehen die Chan-

cen des „Internets der Dinge“, indem künftig nicht nur Computer, sondern auch Alltagsgegenstände und Maschinen wie z. B. Autos, Konsumgüter, Stromzähler oder Objekte im Gesundheitswesen über das Netz angesteuert werden und selbstständig kommunizieren können. Wir sehen die Möglichkeiten für eine bürgerfreundliche Modernisierung der Verwaltung mit internetgestützten Dienstleistungszentren („E-Government“), die die Zusammenarbeit der Behörden verbessern, Kosten sparen und die Servicequalität erhöhen. Wir werden daher die Anstrengung intensivieren, die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung voranzutreiben, auch um die Verbindung zwischen Bürgern und Politik mittels moderner Kommunikationstechnologien zu verbessern.

Wir sehen, wie starre Arbeitszeitmodelle im Interesse von mehr persönlicher Flexibilität durch neue Formen der Kommunikation und eine Überwindung der Trennung von Arbeits- und Wohnwelt aufgebrochen werden können. Wir sehen auch neue Trends wie die durch das Internet hervorgebrachte „Wirtschaft des Teilens“ („sharing economy“) und deren Wachstumschancen. Sogenannte „Smart Homes“ werden schon in naher Zukunft unser Heim und unseren privaten Lebensraum prägen. Wir wollen diese großen Chancen und wirtschaftlichen Potenziale – zusammen mit den Menschen und Unternehmen in unserem Land – engagiert anpacken. Dafür ist es wichtig, dass alle – Alt und Jung, Männer und Frauen, Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte – die neuen Medien einsetzen.

Neue Schwerpunkte in der Hightech-Strategie

Mit dem Internet lassen sich Geschäftsmodelle weltweit vermarkten. Um diese Chance besser zu nutzen, werben wir für eine stärkere Internationalisierung. Dies werden wir gezielt mit grenzüberschreitenden Kooperationsprojekten im Bereich von Wissenschaft und Forschung unterstützen.

Zentrale Zukunftsherausforderungen, wie die Energiewende und der demografische Wandel, sind ohne Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) nicht zu meistern. Deshalb wollen wir hier innerhalb der Hightech-Strategie der Bundesregierung besondere Schwerpunkte setzen und damit Themen wie „Cloud Computing“, „Green IT“, „Internet der Dinge“, „E-Energy“, „Internet der Dienste“ und Elektromobilität voranbringen.

Cyber-Kriminalität und mehr Sensibilität für Gefahren

Die zunehmende Digitalisierung bringt auch neue Gefahren, Verwundbarkeiten und Angriffsmöglichkeiten mit sich. Der Schutz der Privatsphäre und ein effektiver Datenschutz sind für uns auch in der digitalen Welt unverzichtbar. Nach vorsichtigen Schätzungen entsteht weltweit durch Cyber-Kriminalität jährlich ein Schaden in hoher dreistelliger Milliardenhöhe. Zum Schutz deutscher Bürger, Unternehmen und Verwaltungen ist es daher mehr denn je erforderlich, wirksame Maßnahmen gegen Attacken aus dem Cyberraum zu entwickeln. Wir sehen vor dem Hintergrund der stetig wachsenden Bedeutung der Datensicherheit in solchen Projekten auch große wirtschaftliche Chancen. Die hohen deutschen Sicherheitsstandards und der gute Ruf deutscher IT-Unternehmen bieten dafür exzellente Voraussetzungen. Wichtig ist, dass die gesetzlichen Regeln mit der fortschreitenden Digitalisierung Schritt halten und auch im Cyberraum helfen, die Balance zwischen Freiheit und Verantwortung zu wahren. Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger – insbesondere Kinder und Jugendliche – mit den neuen Techniken vertraut machen und sie mit Blick auf die Risiken und Gefahren der digitalen Gesellschaft sensibilisieren. Wir setzen uns weiterhin für einen gesellschaftlichen Konsens zum Schutz geistigen Eigentums ein, der den Technologie- und Kulturstandort Deutschlands würdigt. Netzsperrern lehnen wir in diesem Zusammenhang ab. Dabei kann eine Modernisierung des Urheberrechts auch Chancen für neue Vertriebsmodelle von Medien über das Internet eröffnen.

Breitbandversorgung

Damit wirklich alle Menschen in Deutschland von den Chancen der Digitalisierung profitieren können, setzt sich die CDU intensiv für den Ausbau der Breitbandversorgung in unserem Land ein. Es kann nicht so bleiben, dass in den Großstädten Geschwindigkeiten bis zu 100 MBit pro Sekunde angeboten werden, während in den ländlichen Räumen mit DSL Light ins Internet gegangen wird. Das Internet gehört für uns zur Daseinsvorsorge. Wir unterstützen die Breitbandstrategie der Bundesregierung und setzen auf Technologieoffenheit beim Breitbandausbau. Wir wollen, dass möglichst bald flächendeckend Hochleistungsnetze zur Verfügung stehen und wir damit schnell das Ziel der Bundesregierung erreichen, 75 Prozent der Haushalte mit Übertragungsraten von mindestens 50 MB/s auszurüsten. Um die Leistungsfähigkeit des Funknetzes für die mobile Internetnutzung weiter zu erhöhen, muss bei der nächsten Vergabe von Rundfunkfrequenzen (Digitale Dividende II) sichergestellt werden, dass der ländliche Raum ausreichend und gleichwertig versorgt wird.

Wir setzen auf kommunale Investitionen, um auch im ländlichen Raum eine gute Versorgung zu erreichen. Wir rufen Bürgermeister, Landräte und Wirtschaftsförderer auf, die Initiative zu ergreifen und die Fördermaßnahmen zu nutzen. Die Rahmenbedingungen haben wir durch die Novelle des Telekommunikationsgesetzes attraktiver gestaltet, z. B. durch die Möglichkeit der Mitnutzung von Leerrohren von Abwasserkanälen und Energienetzen und eine geringere Verlegetiefe. Wir werden uns weiterhin für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen einsetzen, um die Bereitschaft für Investitionen zu erhöhen. Im Dialog zwischen Bund, Ländern und Kommunen werden wir für eine zügige Umsetzung der Maßnahmen sorgen und auf weitere Erleichterungen, z. B. durch die Anpassung von Bauvorschriften, drängen.

Mobiles Internet

Das Internet wird mobil. Bereits 26,5 Prozent der Bevölkerung greifen von unterwegs auf das Internet zu. In Großstädten im europäischen Ausland, aber auch in Japan oder den USA, wird die flächendeckende Versorgung mit kostenlosem WLAN immer öfter zu einer Selbstverständlichkeit. Wir wollen nach Vorbild der Olympia-Stadt London auch in Deutschland die Voraussetzungen schaffen, damit in unseren Großstädten mobiles Internet über WLAN verfügbar wird und damit die Voraussetzung für neue Geschäftsmodelle entsteht. Dabei setzen wir auf private Investoren sowie Kooperationen mit regionalen Initiativen und werden prüfen, ob eine Anpassung der Störerhaftung mehr Rechtssicherheit für die Betreiber öffentlicher WLAN-Netze schafft. Auch die zügige Umsetzung der LTE-Technologie ist für die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und die Verbreitung des mobilen Internets wichtig. Wir werden prüfen, wie die Netzagentur hierfür entsprechend unterstützt werden kann.

Querschnittsaufgabe Digitalisierung

Wir sehen in der Digitalisierung unseres Landes eine der großen Herausforderungen für die Zukunft. Sie betrifft alle Lebensbereiche und wir wollen, dass alle die Chancen der neuen technischen Möglichkeiten nutzen können. Deshalb brauchen wir einen vernetzten Strategie. Es kommt darauf an, die Informationsinfrastruktur überall im Land weiter zu stärken, kontinuierlich und verlässlich in Bildung, Forschung und Entwicklung zu investieren und die Systemkompetenz für die Anwendung und die Produktion im digitalen Wachstumsmarkt auszubauen. Wir wollen den erfolgreichen IT-Gipfel-Prozess fortführen und in Zukunft neue Schwerpunkte im Bereich von Gründergeist, Venture Capital und der Bildung unserer Kinder und Jugendlichen legen. Mit der Digitalisierung wandeln sich auch die gesetzlichen Anforderungen in vielen Bereichen, z. B. im Datenschutz und im Urheberrecht. Mit einer modernen Gesetzgebung wollen wir dafür sorgen, dass in Deutschland ein geeigneter Rechtsrahmen für eine digitale Gesell-

schaft, Wirtschaft und Verwaltung geschaffen wird. Um die Querschnittsaufgabe Digitalisierung effektiver zu koordinieren, treten wir dafür ein, künftig einen Beauftragten der Bundesregierung für die Digitalisierung zu berufen und einen neuen Bundestags-Ausschuss für „Internet und digitale Gesellschaft“ einzurichten.

6. Wie Deutschland mobil bleibt

Für Wohlstand und Wachstum im 21. Jahrhundert braucht Deutschland eine moderne und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur. Das bedeutet freie Fahrt für die Bürger – ob mit dem Auto oder Fahrrad, mit Bus, Bahn oder Flugzeug, ob auf dem Land oder in der Stadt. Und das bedeutet leistungsfähige Verkehrswege für unsere Bürger und Wirtschaft – ob Straße oder Schiene, ob zu Wasser oder in der Luft. Denn wie kaum ein anderes Land zieht Deutschland seine Wirtschaftskraft aus dem globalisierten Handel, vor allem aus dem Export unserer Waren und Güter.

Wir setzen dabei auf nachhaltige Mobilität. Wir wollen eine Verkehrsinfrastruktur mit weniger Lärm, weniger Schmutz und weniger Schadstoffen. Dazu gehört auch der Einsatz für zukunftsweisende Technologien – von umweltschonenden Motoren bis zu intelligenten Verkehrssystemen. Wir setzen auf die Leistungsfähigkeit und Innovationsstärke der deutschen Verkehrswirtschaft und werden mit guten Rahmenbedingungen dafür die weiteren Voraussetzungen schaffen. Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen lehnen wir ab.

Standortvorteil Infrastruktur ausbauen und bessere Bürgerbeteiligung

Deutschland hat durch seine leistungsfähige Infrastruktur einen Standortvorteil im internationalen Wettbewerb. Diesen Vorteil wollen wir durch wachsende Investitionen erhalten und ausbauen. Mit einem 25 Milliarden Investitionsprogramm für den Erhalt und Ausbau der Bundesfernstraßen in der kommenden Legislaturperiode wollen wir hier einen besonderen Schwerpunkt setzen. Zu einer Stärkung unserer Infrastruktur gehört auch der Ausbau des Schienen- und Wasserstraßennetzes, leistungsfähige Flughäfen, See- und Binnenhäfen sowie eine bessere Verknüpfung aller Verkehrsträger untereinander. Weitere Elemente sind die Verbesserung der Verkehrswege in andere Länder im Allgemeinen und die konsequente Verwirklichung der transeuropäischen Netze im Besonderen. Schließlich geht es auch um eine möglichst effiziente Nutzung der bestehenden Infrastruktur. Mit Blick auf die ländlichen Räume wollen wir insbesondere sicherstellen, dass der für diese Regionen oft prägende industrielle Mittelstand über gute Verkehrswege an die großen Transportachsen unseres Landes angeschlossen ist. Zudem tritt die CDU für eine zügige Anschlussregelung für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ein.

Grundsätzlich müssen sich die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur am tatsächlichen Bedarf orientieren. Unser Ziel bleibt es daher, die Mittel für den Erhalt und Ausbau zu verstetigen. Klare Kompetenzen in der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen auch bei den Bundesfernstraßen, sowie schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren mit einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung können die Effizienz verbessern. Auch die Möglichkeiten von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) sollen hier verstärkt genutzt werden, wenn dadurch Finanzmittel besser eingesetzt werden können. Der neue Bundesverkehrswegeplan für die Zeit ab 2015 muss deshalb stärker zwischen wirtschaftlich bzw. infrastrukturell bedeutenden und sonstigen Verkehrswegen unterscheiden. Dazu wollen wir ein modernisiertes Bewertungsverfahren, in das auch neue Kriterien für die Schwerpunktsetzung einfließen.

Wirtschafts- und Verkehrswachstum entkoppeln

Eine große Herausforderung für die Mobilität der Zukunft ist der stetig wachsende Verkehr, insbesondere der Güterverkehr. Hier gilt es, Wirtschafts- und Verkehrswachstum beispielsweise durch eine immer effizientere Logistik so weit wie möglich zu entkoppeln. Zudem wollen wir dafür sorgen, dass das Verkehrsaufkommen mit möglichst geringen Belastungen für Mensch und Umwelt verbunden ist. Neben der Steigerung der Ressourceneffizienz im Verkehrssektor sollen daher alle Akteure Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung vor Schadstoffen und Lärmemissionen übernehmen.

Zusätzlich brauchen wir eine Verlagerung des Verkehrs auf möglichst umweltverträgliche Verkehrsmittel.

Gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land sicherstellen

Wir wollen den Anforderungen des demografischen Wandels gerecht werden und auch bei der Verkehrspolitik für eine gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land sorgen. In den Ballungsräumen setzen wir auf einen starken Öffentlichen Personennahverkehr auf einer soliden finanziellen Grundlage als Herzstück moderner Verkehrspolitik. Insgesamt geht es um innovative, emissionsarme und platzsparende Lösungen wie etwa die Elektromobilität, Car-Sharing sowie den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur.

Im ländlichen Raum wird der Individualverkehr mit dem Auto seine Vorrangstellung behalten. Dazu setzen wir gerade in den ländlichen Regionen auf den Ausbau der Elektromobilität aus ortsnah erzeugtem Strom aus Erneuerbaren Energien. Das schließt den Ausbau von Ladestationen für Elektrofahrräder – bevorzugt an Haltestellen von Bussen und Bahnen – mit ein. Aber auch die öffentliche Mobilität wollen wir in Gegenden, wo die Bevölkerungszahl zurückgeht, sicherstellen. Wir wollen, dass diese Regionen auch bei sinkender Einwohnerzahl – mit weniger Schul- und Ausbildungsverkehr und immer mehr mobilen älteren Menschen – lebenswert bleiben und nicht vom ÖPNV abgekoppelt werden. Das gilt auch für die Mobilität von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Dazu gibt es bewährte Beispiele: Bürger- und Anrufbusse oder Busse, die neben Personen auch Fahrräder oder Pakete transportieren. Es gibt Mitfahrgelegenheiten, die über das Internet buchbar sind sowie rollende Verkaufsläden, Apotheken und Banken. Für all dies müssen die rechtlichen Grundlagen und die Finanzierung gesichert werden.

Hemmende Vorschriften müssen konsequent geändert oder gestrichen werden. Ein Beispiel ist etwa die Straßenverkehrsordnung: Hier dürfen mobile Verkaufsflächen auf Straßen nur in engen Grenzen genutzt werden. Dadurch allerdings wird gerade in ländlichen Gebieten die Nahversorgung durch mobile Dienste erschwert.

Nachhaltige Mobilität

Der Straßenverkehr verursacht heute rund 95 Prozent der CO₂-Emissionen des Verkehrssektors. Deshalb sehen wir in der Weiterentwicklung neuer Antriebstechnologien einen zentralen Hebel für eine nachhaltige Mobilität. Sie muss aber in eine Gesamtstrategie eingebettet sein. Die CDU Deutschlands bekennt sich daher zu einem vernetzten Ansatz, der Fahrzeugtechnologie, Kraftstoffe, Infrastruktur, intelligente Verkehrssysteme, Fahrverhalten und Vernetzung der Verkehrsträger gleichermaßen berücksichtigt.

Die lange und beeindruckende Erfahrung der deutschen Autobauer ist gefordert, wenn es um die Erforschung und Entwicklung alternativer Antriebe geht. Chancen sehen wir auch in moder-

nen, medial vernetzten (z. B. über Smartphones) Verkehrsleit- und Telematik-Systemen. Neue Möglichkeiten stecken auch in der Umsetzung des Satelliten-Navigationssystems Galileo in praktische und wirtschaftlich sinnvolle Angebote für die Nutzer.

Die CDU Deutschlands möchte den technologischen Trend vom klassischen Verbrennungsmotor zu alternativen Antrieben – beispielsweise durch Erdgas-, Hybrid- oder Elektrotechnologie – begleiten. Hierzu gehört die Förderung von Pilotprojekten genauso wie die Schaffung eines geeigneten Marktumfeldes (z. B. Ladestationen, Tankstelleninfrastruktur, steuerliche und finanzielle Anreize). Als Teil dieser Gesamtstrategie bekennt sich die CDU Deutschlands nachdrücklich zu dem Ziel, Deutschland bis 2020 zum Leitanbieter und Leitmarkt von Elektromobilität zu machen. Dafür muss es gelingen, bei uns alle Glieder der Wertschöpfungskette vom Rohstoff über die Batterieherstellung bis zum Fahrzeug zu etablieren.

V. Deutschland 2025

Unser Maßstab für erfolgreiche Politik ist eine gute Zukunft für die Menschen in Deutschland und Europa. Unsere Aufgabe heißt: Als Christdemokraten die Weichen richtig zu stellen. In diesem Programm haben wir beschrieben, welche Prinzipien uns leiten, welches Ziel wir haben und wie wir es erreichen wollen.

Wir wissen aus den Erfahrungen der letzten Jahre, was wir erreichen können, wenn wir zusammenstehen und gemeinsam ein Ziel verfolgen. Unsere Stärke ist, dass wir den Menschen in unserem Land etwas zutrauen. Wir wissen, dass sie für sich und für andere Verantwortung übernehmen, einen aktiven Beitrag für unser Gemeinwesen leisten wollen und nicht darauf warten, dass der Staat diese Aufgabe für sie übernimmt. Weil uns das Wohl zukünftiger Generationen und ein gutes Miteinander der heutigen Generationen besonders wichtig ist, sind langfristige und nachhaltige Antworten erforderlich. Wir wollen bereits heute die Weichen dafür stellen, dass unser Land auch in Zukunft erfolgreich ist. Ein Blick auf das kommende Jahrzehnt zeigt, was wir erreichen können:

Wie wir die Zukunft für uns gewinnen

Deutschland 2025 ist ein Land, das allen Menschen, die bei uns leben, eine gute Heimat ist. Kinder wachsen in einem Land auf, in dem Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit eine große Rolle spielen. Sie bekommen eine hervorragende Ausbildung und sind damit in der Lage, sich den vor ihnen liegenden Herausforderungen mit Zuversicht zu stellen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist gewachsen. Viele Menschen engagieren sich für die Gesellschaft, weil sie ein Bewusstsein dafür entwickelt haben, wie wichtig es ist, Brücken zwischen den Generationen zu schlagen, ein partnerschaftliches und familiäres Miteinander zu leben, Menschen unterschiedlicher Herkunft für unser Gemeinwesen zu begeistern und die Bürgergesellschaft zu stärken. Familie und Beruf sind keine Gegensätze mehr, sondern gehören selbstverständlich zusammen. Neue Arbeitsmodelle und eine familienfreundliche Kultur auf allen Ebenen von Unternehmen, Betrieben und Verwaltungen haben diese Entwicklung genauso begünstigt wie ein deutlich verbessertes Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder. Auf der Grundlage einer echten Chancengerechtigkeit hat jeder die Möglichkeit, seinen Platz in der Gesellschaft zu finden und seinen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Die Politik der CDU, die auf die Ideen und das Engagement der Menschen setzt, hat dazu wichtige Impulse gegeben.

Trotz fortschreitender Globalisierung und neuer wirtschaftlicher Mitbewerber ist unser Land Dank seiner erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft weiterhin eine der führenden Volkswirt-

schaften der Welt. Wachstum und Beschäftigung sind höher als in vielen anderen Industrieländern. Das ist das Ergebnis der hohen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und ihrer Stärke auf den internationalen Märkten. Beides ist maßgeblich auf die gute Ausbildung, die hohe Qualifikation der Mitarbeiter, eine nach wie vor gut funktionierende Sozialpartnerschaft sowie die weiterhin hohe Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zurückzuführen. Mehr als jeder zweite Euro wird 2025 in besonders forschungsintensiven Branchen verdient. Viele deutsche Unternehmen sind in ihren Bereichen Weltmarktführer.

Das gilt vor allem für die traditionell starken deutschen Branchen wie den Maschinenbau, die Chemie- und Automobilindustrie, deren Produkte zum Aufbau der neuen industriellen Basis in Asien, Lateinamerika und Osteuropa stark nachgefragt worden sind. Aber auch der Anteil vieler neuer Branchen – wie der Nanotechnologie, Mikroelektronik, Bio- und Gentechnologie sowie Photonik – spielt eine zunehmend wichtigere Rolle. Dabei hat es sich als richtig erwiesen, die Chancen der Digitalisierung offensiv zu nutzen. Dadurch sind Produktionsprozesse wesentlich nachhaltiger gestaltet, Kosten gesenkt und neue Märkte für unsere Industrie erschlossen worden. „Made in Germany“ ist damit auch in der globalisierten Welt des Jahres 2025 ein Aushängeschild für deutsche Qualitätsarbeit. Damit werden in Deutschland Millionen von Arbeitsplätzen gesichert.

Auch eine wachsende Gesundheitswirtschaft trägt zu unserem modernen und leistungsfähigen Gesundheitssystem bei. Allen Bürgerinnen und Bürgern wird unabhängig von Einkommen, Alter und gesundheitlichem Zustand die notwendige, ausreichende und zweckmäßige Versorgung zur Verfügung gestellt. Dies trägt letztlich auch zur Verbesserung der Lebensqualität in Deutschland bei. Die Gesundheitswirtschaft ist ein Garant für eine steigende Zahl von Arbeitsplätzen und damit ein Stück Zukunftssicherung. Richtige Rahmenbedingungen, eine intensive Gesundheitsforschung, der Abbau bürokratischer Hürden und eine Exportinitiative haben hier die Wachstumspotenziale gestärkt.

2025 ist die Energiewende in Deutschland weit vorangekommen. Das deutsche Stromnetz entwickelt sich zum modernsten der Welt. Die Windparks – vor allem in der Nord- und Ostsee – sind der Grundpfeiler einer stabilen Versorgung. Der Anteil der Erneuerbaren Energien steigt kontinuierlich, viele Menschen sind Energiewirte geworden und die ehrgeizigen Klimaschutzziele werden eingehalten. Es ist gelungen, einen weltweiten Zertifikatehandel einzuführen und den Klimaschutz so auf der ganzen Welt effizienter zu machen. Deutschland ist das Vorbild für andere Länder, die ihre Energieversorgung umstellen wollen, um sich unabhängiger von teuren Rohstoffen zu machen.

Bei der Frage, wie ein höheres Bruttoinlandsprodukt mit einem geringeren Ressourcenverbrauch als heute erwirtschaftet werden kann, sind bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden. Entscheidend dazu beigetragen haben neue Verkehrskonzepte, die Mobilität durch Erneuerbare Energien und eine effizientere Organisation sicherstellen. Auch vielversprechende Innovationen haben den Durchbruch zu einer ressourcenschonenden Produktion gebracht. Dadurch sind echte Fortschritte bei der Entkopplung von Produktion und Rohstoffeinsatz gelungen. Deutschland konnte damit seinen Ruf als eines der Innovationszentren der Welt weiter ausbauen und wird oft als Vorbild für eine nachhaltige Marktwirtschaft genannt.

Die oft schmerzvollen Reformen im Zuge der Euro-Krise haben Europas Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig gestärkt. Die erheblichen Leistungsbilanzunterschiede haben sich im Zuge dieser Politik deutlich reduziert. Der Euro behauptet auch in einer vielfältiger gewordenen Währungswelt seine Rolle. Seine Attraktivität verdankt er der von der Europäischen Zentralbank erfolg-

reich garantierten Preisstabilität sowie einem politisch und wirtschaftlich gestärkten Europa. Aus der Währungsunion ist immer stärker eine politische Union geworden. Auch deshalb ist Europa 2025 stärker als vor der Krise.

Deutschland hat mit seiner Wirtschaftskraft in der Phase der Krise die Nachfrage in Europa gefestigt. Auch die Stabilität des deutschen Finanzsystems hatte daran einen wichtigen Anteil. Seinen guten Ruf als Stabilitätsanker hat Deutschland trotz der großen solidarischen Leistungen für die Eurozone bewahren können. Deutschland hält konsequent die Kriterien der Schuldenbremse ein und hat dadurch auch den Schuldenstand wieder auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesenkt, womit ein zentrales Maastricht-Kriterium erfüllt ist. Auf einen Staat, der sich nicht übermäßig verschuldet, sollen sich unsere Kinder und Enkel auch nach 2025 verlassen können.

Der demografische Wandel hat unserem Land viel abverlangt und Veränderungen mit sich gebracht. Mehr als jeder Dritte ist über 60 Jahre alt, während die Gruppe der unter 20-Jährigen nur halb so groß ist. Dennoch haben wir den Zusammenhalt zwischen den Generationen gestärkt. Angesichts weiter bestehender Herausforderungen müssen wir aber auch 2025 weiter daran arbeiten. In vielen Betrieben fehlen Fachkräfte. Die Erwerbsbevölkerung hat noch stärker abgenommen als die Gesamtbevölkerung. Die Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge muss in immer mehr Regionen an die veränderte Bevölkerungsdichte und -struktur angepasst werden. Das gelingt aber zunehmend besser und hat vielen Unternehmen neue Chancen eröffnet. Die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet hat neue Möglichkeiten für interessante Geschäftsmodelle eröffnet und zahlreiche demografiespezifische Produktinnovationen hervorgebracht, die auch in anderen Ländern nachgefragt werden, die jetzt vor den gleichen Herausforderungen stehen wie Deutschland vor 15 Jahren. Die demografische Herausforderung ist zur Basis neuer attraktiver Geschäftsfelder geworden. Nicht zuletzt dadurch ist es auch gelungen, in den ländlichen Regionen unseres Landes neue innovative Arbeitsplätze zu schaffen und deren Attraktivität für künftige Entwicklungen zu sichern.

Alle sind eingeladen an der Zukunft mitzuwirken

Ob dieser Blick in die Zukunft Realität wird, kann heute niemand mit Gewissheit vorhersagen. Aber wir sind guten Mutes und fest davon überzeugt, dass wir alle Chancen haben, dieses Szenario Wirklichkeit werden zu lassen. Mit dem christlichen Menschenbild haben wir einen Kompass, der uns ermutigt, diesen Ausblick als Chance zu begreifen.

Wir sind fest entschlossen, uns dafür einzusetzen, dass Deutschland auch 2025 allen Menschen in diesem Land eine gute Heimat ist. Für sie und ihre Zukunft setzen wir uns ein. Gemeinsam mit ihnen wollen wir Deutschland weiter voranbringen und auch im kommenden Jahrzehnt weltweit eine verantwortungsvolle Rolle für Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit übernehmen. Bei der Gestaltung der vor uns liegenden Aufgaben vertrauen wir auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, weil sie auf die Ideen, den Fleiß sowie die Verantwortung der Menschen setzt. Zusammen mit den Mitgliedern der CDU, den zehntausenden Amts- und Mandatsträgern in Gemeinden und Städten, Landkreisen und Landesparlamenten, im Bundestag und im Europäischen Parlament engagieren wir uns für unser Land und laden alle Menschen bei uns ein, diesen Weg mitzugehen.